

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postämter.
Post-Nr.: 3099.

Herausgeber: B. Grosse in Hamburg.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: P. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße 10.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30 \mathcal{A} ,
Bergütungs-Anzeigen 15 \mathcal{A} , Versammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 \mathcal{A} pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

Der Zuzug ist fernzuhalten: Von Tischlern nach Bremen (Schulze's Werkstätte), Delmenhorst, Nabenau, Christiania (Norwegen), Budapest; von Korbmachern nach Oslebshausen bei Bremen (G. Barre's Werkstätte) und Luchswalde; von Tischlern und Stellmachern nach Güstrow i. M. (Medlenburgische Waggonfabrik); von Drechsleren nach Lauterberg (Fabriken Hillegeist, Heidler und Guft. Hakenhof); von Glasern nach Flensburg.

Orte, in denen Streiks oder Aussperrungen beendet oder ausgebrochen sind, wollen uns sofort davon in Kenntniß setzen.

Die Redaktion.

Was bringt uns die nächste Reichstagsession?

u. Die nächste Reichstagsession, die im Laufe des Monats November mit der Ueberfiedelung des Reichstags in das neue Haus beginnt, dürfte in mancher Beziehung, namentlich in sozialpolitischer Hinsicht, interessant werden. Nachdem die Verhandlungen über die Handelsverträge einstweilen von der Tagesordnung verschwinden und höchstens der spanische Zollkrieg einige Aufmerksamkeit für sich in Anspruch nehmen wird, steht der Reichstag wiederum vor einer Reihe von Aufgaben, meist aus früheren Sessionen bekannt, deren Erledigung mit der des Etats und etwaigen Initiativanträgen (Spiritusmonopol, Wollzoll etc.) seine vollen Kräfte erfordert, deren Charakter jedoch kaum geeignet ist, allgemeine Befriedigung zu erwecken.

Wichtig für die Arbeiter sind vor Allem die drei Gesetzeswürfe, betr. die Abänderung, Erweiterung und Ausdehnung der Unfallversicherung (vergl. „Deutsche Metallarbeiter Ztg.“ Nr. 25), die gegenwärtig den Bundesstaaten zur Begutachtung vorliegen und deren Bestimmungen, namentlich die des ersten Entwurfs über die Abänderung, von den Arbeitern seit Jahren erwartet wurden. In Rücksicht auf die bereits erfolgte Besprechung dieser Entwürfe verzichten wir, an dieser Stelle nochmals näher darauf einzugehen, ehe letztere dem Reichstage zugegangen sind, wollen aber nicht unterlassen, über die im letzten Entwurf beabsichtigte Einbeziehung der Gefangenen zur Unfallversicherung unserer Befriedigung Ausdruck zu geben. Inwieweit die Bestimmung des § 9 des letzten Entwurfs, wonach ein Unternehmer, auf dessen Rechnung ein verunglückter Gefangener gearbeitet, den Kapitalwerth der erkannten Renten zu zahlen hat, der privatwirtschaftlichen Gefangenenbeschäftigung entgegen zu wirken vermag, bliebe abzuwarten. Vielleicht mag die vorherige Forderung einer Kaution die Unternehmungslust, besonders die der Zwischenhändler, etwas beeinträchtigen; noch besser jedoch bliebe die Gefangenearbeit ganz auf die Herstellung von Staatsbedürfnissen beschränkt. Auch die Maßnahmen der Gefängnisdirektionen, die im Anschluß an das beabsichtigte Vorgehen gegen den unlauteren Wettbewerb verbieten, den in Strafanstalten gefertigten Waaren fremdländische Marken und Bezeichnungen anzusetzen, sind nur halbe Maßregeln gegen die unlautere Konkurrenz und von geringem sozialpolitischen Werth.

Da wir den sog. unlauteren Wettbewerb hier berührt, wollen wir gleich verrathen, daß im Reichsamt des Innern ein Entwurf zur Bekämpfung der auf diesem Gebiete hervortretenden Erscheinungen bereits ausgearbeitet wird, der dem Reichstage in kommender Session definitiv zugehen wird. Derselbe soll gegen Nachahmungen und Unterchiebungen, falsche Marken

und Ortsnamenbezeichnungen, sowie schwindelhafte Anpreisungen und Veröffentlichung falscher Zeugnisse etc. gerichtet sein, und stellt sich als eine dem Handwerke gemachte Konzession dar; darob natürlich großer Jubel im Innungslager, was unsere Bourgeoisie aber nicht hindern wird, in ihren schwindelhaften Kniffen und Schlichen. Der Kampf um die wirtschaftliche Existenz ist ein derart intensiver, die Aussicht auf reichen Gewinn zu verlockend, als daß der Schwindel sich erfolgreich eindämmen ließe, und selbst die schärfsten Strafparagrafen lassen Mittel und Schleichwege genug offen, nicht bloß für den Charlatan, sondern noch mehr für den gut bürgerlichen Schwindel, der durch gegenseitige Anerkennung des privaten Vortheils und des „berechtigten Egoismus“ usuell geworden ist. Infolge der Verallgemeinerung, die den geschäftlichen Schwindel zur Gewohnheit und sogar gewissermaßen zum „Recht“ gemacht hat, kann ein Strafgesetz nur ganz allgemeine Begriffe des unlauteren Wettbewerbs feststellen und muß es den Gerichten und dem Ermessen des Strafrichters überlassen, in jedem einzelnen Falle die Lauterkeit oder den Schwindel zu erkennen, ähnlich, wie bei der Buchergefehnovelle des Jahres 1893. Das kann wohl Beunruhigung in das Geschäftsleben hineinbringen, sonst aber nur dazu beitragen, den Geschäftstrieb, d. h. die Gewandtheit, gefährliche Klippen zu umgehen, zu steigern und dem Raffinement zum Siege zu verhelfen. Am wenigsten wird das Großkapital vor großen Mitteln zurückschrecken, wie die Stempelfälschungs-, Lieferanten- und Flintenprozesse bewiesen haben. Ein Panama giebt es eben nicht bloß in Frankreich, sondern auch anderwärts, in allen kapitalistisch entwickelten Staaten. Schließlich bleibt nur der Dummste in den Maschen des Gesetzes hängen und damit wäre dem Handwerke wohl am wenigsten geholfen. Doch bei der Parteien Gunst und Haß wird wohl die Sozialdemokratie so viel profitieren, daß die Reichstagsverhandlungen auf einige der üblichen Manipulationen des Wettbewerbs besondere Streiflichter werfen.

Auch der Subvaliditäts- und Altersrentenversicherung soll eine Reform bevorstehen, die einige besonders unbeliebte Bestimmungen derselben abändern soll. Auch sollen hierbei noch besondere Erhebungen über die bekannt gewordenen Mißstände im Gange sein, so daß es unsicher erscheint, ob schon die nächste Session diese Reform bringen wird. Inzwischen wird mit dem 1. Juli d. J. die Versicherungspflicht auf die Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie, die nicht für eigene Rechnung fabrizieren, ausgedehnt. Die schon des Festeren geforderte Verschmelzung der Organisationen der drei Versicherungsgesetze scheint im Reichsamt des Innern noch keine besondere Würdigung zu finden.

Dagegen ist jetzt die Regierung vollauf beschäftigt, in zweiter Auflage die Tabaksteuervorlage herauszugeben und alle Hebel werden in Bewegung gesetzt, um wiederum Stimmung für ihre Durchführung zu machen. Der Frage, ob das Rauchen Bedürfnis oder Luxus sei, widmet die Presse wieder eine lebhaft erörterte, und die offiziöse Presse verschmäht es nicht, durch Beunruhigung anderer Gewerbe und anderer Interessen der Konsumenten einen Druck auszuüben, der um so schwächer ist, als er für die genannte Produktion zugleich eine dauernde Beunruhigung enthält. Eine neue Branntwein- und Biersteuer wird in Aussicht gestellt, falls die Tabaksteuer nicht die Zustimmung des Reichstages fände, und man scheint sich nicht, den Interessenten der neuen Steuern begreiflich zu machen, daß sie gut thun werden, das Gewicht ihrer Interessen gegenüber der Interessenagitation

gegen die Tabaksteuer in die Waagschale zu werfen, d. h. dahin zu wirken, daß die Regierungsvorlage angenommen wird. Indem so die einzelnen Industrien gegeneinander gehetzt werden, glaubt man im Trüben fischen zu können und da schließlich, falls die Tabaksteuer mit Hilfe der Brauer und Brenner durchginge, die Tabakinteressenten die Gegenagitation nicht so bald vergessen werden, so kommt die feindliche Stimmung den Regierungen wieder zu Gute bei einer späteren Branntwein- oder Brausteuer. Nachdem der preussische Landtag die Monopolgelüste Preußens, betreffend Abbau und Verarbeitung der Kalisalze abgewiesen, wird auch der Zeitpunkt, der uns ein weiteres Steuerbouquet bringt, nicht gar zu fern liegen. Bier und Branntwein bilden schon längere Zeit Reserven der Reichsfinanz, und deren Absichten wären längst realisiert, wenn diese Steuern nicht gar so unpopulär wären.

In dieser Verlegenheit kommen der Regierung die Agrarier zu Hilfe mit ihren Anträgen des bedingten Spiritusmonopols und des Wollzolls, für welche sie jetzt eifrig Propaganda machen, um sie jedenfalls analog dem v. Kanitz'schen Roggenantrag, dem Reichstage in nächster Session zu präsentieren. Ersterer schlägt den Regierungen vor, das von einer Anzahl privilegierter Brennereibetriebe hergestellte Quantum Spiritus anzukaufen und die Kauf- und Verkaufspreise zu fixieren, natürlich im Interesse der nothleidenden Landwirthe, die dadurch jeder Konkurrenz entzogen werden, während der Wollzoll dazu dienen soll, die anbaufähigen Ländereien wegen des nicht lohnenden Getreidebaues in Weideland umzuwandeln und damit zugleich die Landarbeiter zum Theil überflüssig zu machen. Die Reichstagsdebatten werden Gelegenheit bieten, den Interessenstandpunkt der Agrarier noch einmal in unvoretheilhafter Weise zu beleuchten. Doch stützt sich die landwirtschaftliche Agitation, wie ihre Führer verrathen, auf heimliche ministerielle Unterstützung. Es scheint dem Finanzministerium garnicht unangenehm zu sein, wenn in dieser Weise Reservoirs für künftige Kassenfüllungen vorbereitet werden; daher auch die Friedensfanjaren mehrerer agrarischer Führer, um die Opposition der Landwirthe einzustellen.

Wichtiger als diese möglichen Initiativanträge sind die sicher zu erwartenden Entwürfe der Regierungen über die Börsenreform und über die Neuorganisation des Handwerks. Zur Umgestaltung des Börsenwesens soll die Börsen-Enquete ein reichhaltiges Material geliefert haben, und die Sichtung- und Prüfungsarbeiten beschäftigen jetzt das Handelsministerium und das Reichsfinanzamt, da der Entwurf schon in diesem Herbst dem Reichstage zugehen soll. Viel wird bei dem soviel Aufsehen erregenden freiziehenden Berge nicht herauskommen.

Während bei anderen Gesetzeswürfen vor lauter Geheimniskräuerei nicht viel vorher an die Öffentlichkeit kommt, zeigt sich die Regierung bei der Aufgabe der Handwerksneuorganisation im Gegentheil bemüht, von Zeit zu Zeit die öffentliche Diskussion herauszufordern. Einige dunkle Angaben über den neuen Weg, den sie einzuschlagen beabsichtigt, haben denn auch gewöhnlich die wahrscheinlich gewünschte Wirkung, nämlich, daß die Handwerker wie toll darüber herfallen und an der ganzen Arbeit kein gutes Haar lassen, so daß der Zeitpunkt der Erfüllung ihrer Wünsche wieder ein gutes Stück hinausgerückt werden muß. Der Fachgenossenschaftsentwurf des Herrn v. Wöticher 1893 wollte neue Zwangsorganisationen für das gesammte Handwerk (d. h. für Produzenten, die durchschnittlich weniger als 20 Arbeiter beschäftigen) schaffen, wodurch

auch den Nichthandwerkern Einfluß und Stimmrecht eingeräumt worden wäre, weil die Einführung des Befähigungsnachweises verweigert wurde. Darob Auf- ruhr bei den Zünftlern, weil ihre Innungen dadurch überflüssig würden. Der Berliner Handwerkertag 1894 beschloß, die Innungen für alle Gewerbetreibenden auf fünf Jahre offen zu halten, wenn nachher der Be- fähigungsnachweis eingeführt werde, worauf die Re- gierung aber nicht einging. Nunmehr sollen die Innungen von der Neuorganisation insoweit unberührt bleiben, als die ihnen nicht zugehörigen Gewerbe- treibenden, die weniger als 20 Arbeiter beschäftigen, zum Eintritt in Fachgenossenschaften gezwungen werden sollen. Jedoch unterbleibt nach wie vor der gesetzliche Befähigungsnachweiszwang. Nur die Führung des Meistertitels soll von dem Nachweis der Befähigung vor einer Innung oder Fachgenossenschaft abhängig gemacht werden. Als Aufgaben der Fachgenossenschaften werden genannt: Regelung des Lehrlingswesens, Er- richtung von Fachschulen, Fürsorge für das Herbergs- wesen, Arbeitsnachweis u. Auch sollen hierbei wiederum Gehülfsausschüsse vorgeesehen sein.

Zu dieser Grundlage der Handwerkerorganisation kommt hinzu eine gemeinsame Vertretung der Innungen und der Fachgenossenschaften durch Handwerkskammern, deren Mitglieder in gleicher Weise von beiden Organi- sationen gewählt werden. Den Handwerkskammern fällt die Pflege der kleingewerblichen Gesamtinteressen, die Beaufsichtigung der Innungen und Fachgenossen- schaften, die Erstattung von Gutachten u. zu. Ob die Regierung von der Uebertragung eines Theiles der Gewerbeaufsicht (Ueberwachung der Durchführung der arbeiterschutzgesetzlichen Bestimmungen) an die Hand- werkerorganisationen Abstand genommen, ist hieraus nicht recht ersichtlich. Ein Regierungskommissar soll den Sitzungen der Handwerkskammern beiwohnen.

Es ist klar, daß auch dieser Versuch der Organi- sation der Handwerker durch getrennte Organisationen scheitern muß, nachdem der vorjährige Entwurf gezeigt, wie schroff Innungs- und Nichtinnungshandwerker sich gegenüber stehen. Am wenigsten wird der neue Ent- wurf den Beifall der Innungen finden und schon jetzt tauchen Anzeichen auf, daß ihm das Schicksal seines Vorgängers bevorsteht. Wir übergehen daher jetzt eine Kritik, in der Erwartung, daß der Entwurf bereits genügend zerfleischt ist, ehe er an den Reichstag gelangt, und werden späterhin darauf zurückkommen, sobald uns der Wortlaut vorliegt.

Was auch sonst die nächste Reichstagsession bringen mag, in Einem wird sie sich würdig den früheren an- schließen, in der Behandlung des Nothstandes der arbeitenden Klassen. Aber daß diese Behandlung auch ihre Früchte trägt, beweisen die zwei Reichstagsnach- wahlen in Polen und Elsaß-Lothringen, aus denen die Sozialdemokratie als Sieger hervorging. Das Erscheinen von zwei weiteren sozialdemokratischen Abgeordneten wird den Unternehmer- und Regierungspartien manche unangenehme Stunde bereiten. Uns aber sind zwei neue Mandate angefangen der Steuer- gäste immerhin werthvoll genug.

Sparinstitute und deren wirtschaftlicher Charakter.

Nur zu oft hört man von strebsamen Bourgeois- phülister die alberne Phrase: „Den Arbeitern geht es noch lange nicht schlecht genug, denn in Zeiten, in denen sie gut verdienen, verstehen sie mit dem Gelde absolut kein Maß zu halten, anstatt sich im Haus- halte einzuschränken und einen Theil ihres Einkommens für etwa kommende schlechtere Zeiten zu sparen, eventuell in Sparkassen zinstragend anzulegen, verjubeln sie dasselbe und im Winter oder bei schlechter Konjunktur schreien sie über den vorhandenen Nothstand.“

Sonderbar mag es berühren, daß Leute, wie Dr. Barth, Raug, Schmöller, Schulze-Deßigich, Dr. J. Hecht und viele Andere dieser Sorte Bourgeois bei jeder sich ihnen nur bietenden Gelegenheit die Arbeiter immer auf die erscheinliche Werbung des Sparsens im Arbeiterhaushalt und auf die großen Segnungen, die diesem Zweck dienen sollenden Spar- kassen hinweisen. Die Sparkassen sollen „Erziehungs- der Massen zu guter fürsorglicher Wirtschaft für die arbeitende Klasse sein“, jagte ein Herr Summers am 27. Februar 1887 auf einer Sparkassentage in Berlin.

Wichtig der Staaten müsse es sein, sich der weniger Bemittelten anzunehmen, sie auf die wirtschaftlichen Vorteile der Sparkassen hinzuweisen, man müsse ihnen das Sparen insoweit leicht und bequem machen, als man ihnen Gelegenheit gebe, selbst die kleinsten Beträge anzusparen, ohne ihnen aber auch Unannehmlichkeiten und große Bemerklichkeiten zu bereiten. Unter dieser Voraussetzung wurde denn auch schon in der Stadt Oldenburg 1766, in Hamburg 1787 je eine Sparkasse für Dienstmänner, Lehrlinge Handwerker und Tagelöhner

berechnet, gegründet. Ebenso in Württemberg 1818, in Braunschweig 1834 und auch in Preußen wurden 1838 mehrere derartige Institute errichtet und zwar, wie die Sparkassenreglements der einzelnen Staaten verkünden, um nur dem Bedürfnisse der ärmeren Klasse Rechnung zu tragen.

So wohlgemeint diese Einrichtungen damals auch gewesen sein, auch dem in's Auge gefassten Zwecke gedient haben mögen, so wenig haben die heutigen Sparkassen mit ihrer ursprünglichen Bestimmung noch gemein. Heute rühren die Bestände in den Spar- kassen nicht von den „Sparspennigen der kleinen Leute“, sondern aus Depositionen größerer Kapitalisten-Gesell- schaften und Behörden her. So schrieb schon 1876 die „Statistische Korrespondenz“, daß die Sparkassen in Schleswig-Holstein, Westfalen, Rheinland und Hannover Einlagen von vermögenden Leuten in un- beschränkter Höhe angenommen hätten und zur An- nahme verpflichtet worden seien, und auf dem deutschen Sparkassentage in Weimar am 2. Oktober 1884 wurde erklärt: „Die Mehrzahl unserer Sparkassen sind nicht mehr, was sie sein sollen: ein System von Sammel- stellen, welche in erster Linie den Unbemittelten dienen; bezüglich vieler müssen wir die Antwort geben, daß sie Depositionsbanken mittlerer Kapitalisten ge- worden sind.“ Am 6. Dezember 1884 erklärte Ober- bürgermeister Hache (Essen) auf dem Sparkassen- verbandstage: „Die Verwaltungen der deutschen Spar- kassen haben vielfach die eigentliche Aufgabe, um derentwillen sie in's Leben gerufen sind, die Spar- bücher der geringeren Leute zu sein, nicht in der Weise zu erfüllen verstanden, wie die veränderten Zeit- verhältnisse und die fundamentalen Umgestaltungen der sozialen Zustände es bedingen. Viele Sparkassen sind zu reichen, gewinnbringenden Finanzinstituten der kommunalen Verbände oder der sonstigen Träger der Klassen geworden und darüber hat man den Ursprung der Sparkassen und ihren wesent- lichen Zweck vielfach aus dem Auge verloren.“ Die Spar- kassen sind also nicht allein nur Depositionsbanken für mittlere Kapitalisten, die ihre Kapitalien aus Furcht, sie bei Kapitalanlagen und industriellen Unternehmungen zu verlieren, lieber bei geringerem Zins in die Sparkasse bringen, woselbst sie unter Garantie der Sicherheit so lange liegen bis günstigere Verhältnisse gestatten, einen größeren Nebhock damit zu machen, sondern auch die sogenannte „milchgebende Kuh“ für kreditbedürftige Gemeindeverwaltungen und sonstige Finanzleute. So wurde z. B. auf dem ersten hannoverschen Sparkassentag in Osna- brück, am 25. November 1885, konstatiert, daß eine große Anzahl Gemeinden ohne die Ueberschüsse aus den Sparkassen ihre Haushalte nicht mehr bestreiten könnten; ferner müßten die Einlagen auch den Bürgern und Landleuten als „Rettungsanker“ dienen. Die preussische Sparkassenstatistik theilt mit, daß nicht weniger als 75 pZt. sämmtlicher Spareinlagen dem lokalen Kreditbedürfnis dienen müßten. Dazu kommt noch die Verwendung des Ueberschusses für öffentliche Zwecke, welche Summe sich allein in Preußen auf 62 1/2 Millionen Mark belief.

Es ist aus Vorstehendem nun sehr leicht ersichtlich, weshalb man sich in den Kreisen unserer Bourgeoisie so lebhaft für das Sparen der unbemittelten Leute und für das Gedeihen der Sparkassen interessiert. Ganz offen wurde auf obigen „Tage“ ausgesprochen, daß erstens die Stadt Osnaabrück selbst ohne die Ueber- schüsse der Sparkasse, die jährlich etwa Mk. 65 000 betragen, nicht gut auskommen könne, und zweitens, die industriellen Unternehmer und Handwerker, sowie Landleute den Kredit nicht entbehren könnten. Sagte doch ein Herr Dr. Köller: „Was sollte wohl aus unserem kreditbedürftigen Bürger und Landmann werden, wenn nicht unsere Sparkassen das nöthige Geld vor- schößen, um das Landwesen zu verbessern, Häuser zu bauen und seinem Kredit unter die Arme zu greifen?“ Wer wollte wohl verkennen, daß die Sparkassen, von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, ein mächtiger, volkswirtschaftlicher Faktor sind, die den Interessen des kreditbedürftigen Unternehmertums dienen. Nahezu 1405 Millionen Mark waren im Jahre 1888 von den Sparkassen zu obigem Zwecke ausgeliehen; doch gewiß eine respektable Summe, welche dem lokalen Kreditbedürfnis zu Gute kam.

Unter solchen Umständen nimmt es uns nicht Wunder, wenn von gewissen Kreisen so lebhaft agitiert wird, den Sparkassen neuen Zusatz zu verschaffen, insbesondere die Sparkassen immer zu denjenigen Elementen gehören, die den Kredit aus Sparkassen nöthig haben.

Daß das heutige Sparkassensystem seinen so- zialpolitischen Voraussetzungen nicht entspricht, sagten wir schon oben, bestätigt wird unsere Meinung darüber noch in einer Erklärung, welche die Regierung am

17. Februar 1885, nachdem die herrschenden Parteien ein Postsparskassengesetz in Rücksicht auf die „den Ge- meinden und den kreditbedürftigen Privaten daraus erwachsenden schweren Schädigungen, verwarfen, abgab. Sie machte mit Recht geltend, daß ihr Projekt (die Verzinsung und Rückzahlung von Spareinlagen in Höhe bis zu Mk. 800 solle durch die Vermittelung der Post geschehen) die Einlage und Erhebung von Spargeldern erleichtere, während das jetzige System vorwiegend dem Interesse der be- sitzenden Klasse entsprach, auf deren Rechnung auch der Kapitalzuwachs der Klassen zu setzen sei.“ Mit dieser Erklärung sind auch alle Die vom Schläge Eugen Richter's Lügen gestraft, indem sie behaupten, daß die stets zunehmenden Sparkasseneinlagen aus Arbeiterkreisen stammen, und womit der Beweis geliefert werden soll, daß noch ein gewisser Wohlstand in der arbeitenden Bevölkerung vorhanden sein soll. Das ist eitel Gesunkler! Die Arbeiter sind nicht allein nicht nur in der Lage, etwas sparen zu können, sie haben auch aus all den vorhin angeführten Gründen gar kein Interesse an den öffentlichen Sparkassen, wie ihnen solches von interessirter Seite so gern eingetrichtert werden möchte, nur Dummheit oder Gewissenlosigkeit kann den Arbeitern zumuthen, sich im Interesse des kreditgebrauchenden Unternehmertums Spar- einlagen abzugeben, d. h. sich nicht allein für dasselbe abzuschinden, sondern auch abzuhungern. Das mögen sich auch die überklugen Leute von Wiel's Ge- werbezeitung und ihre Mitarbeiter, sogenannte „Volkswirtschaftslehrer“, merken.

Gehen wir nun noch in kurzen Worten auf die wirtschaftlichen Schädigungen, welche durch das Spar- system herbeigeführt werden, ein, und wir werden finden, daß die wirtschaftlichen Nachteile insolge des Sparens ungleich größer sind als die Vortheile, welche den Gemeinden, den kreditbedürftigen Bürgern und Landleuten durch Ueberschüsse, beziehungsweise durch Belegungen geboten werden, von der Spekulation geld- und gewinnhungriger Kapitalisten, die an den Sparkassen interessiert sind und sicher nicht den Kleinsten Vortheil daraus ziehen, ganz abgesehen. Will man sich über den wirtschaftlichen Nachtheil der Spartheorie klar werden, muß man zunächst wissen, was „Sparen“ ist; darüber herrschen nun viele und verschiedene Begriffe; im landläufigen Sinne versteht man unter „Sparen“ ein Zurücklegen der nicht zum augenblicklichen Gebrauch erforderlichen Existenzmittel.

Welche Menge von Unterscheidungen kommt aber hier in Betracht. Wie verschiedenartig und vonein- ander entfernt sind hier die Ansprüche der Menschen an das Leben in Bezug auf Nahrung, Kleidung, Wohnung, auf Bequemlichkeit und Genüsse!

Das die Lebenshaltung der Arbeiter insolge ihres niedrigen Arbeitsverdienstes nur eine äußerst minimale und nicht ausreichend ist, bedarf keines weiteren Be- weises, der Arbeitsverdienst der gesammten Arbeiter- klasse genügt nicht den Anforderungen, die wir vom Standpunkte der Kultur und Sittlichkeit aus an ein menschenwürdiges Leben stellen müssen. Inwieweit die Fristung der Existenz und der event. Genüsse, die immer nur höchst bescheiden sein können, von der Höhe des Arbeitsverdienstes beeinflusst wird, und welchen Entbehrungen die Arbeiterklasse zu Zeiten in Ermange- lung von Subsistenzmitteln unterworfen ist, brauchen wir nicht weiter darzulegen. Angesichts dieser That- sache klingt es wie bittere Ironie, von den Nichts be- sitzenden Arbeitern das „Sparen“ zu fordern!

Wir wiederholen, die Arbeiter haben kein Interesse daran, so lange ihre Existenz nicht eine menschen- würdige zu nennen ist, der Tugend des „Sparens“ zu fröhnen. Diese Tugend steht im kräftesten Wider- spruch mit der realen Wirklichkeit, Noth und Elend auf der einen Seite und die Anempfehlung von weiteren Entbehrungen, auf deutsch „Sparen“ auf der anderen Seite, das paßt schlecht zusammen.

Das „Sparen“ bedeutet in diesem Sinne nichts weiter für die Arbeiterschaft als ein Abdarben, eine periodische Verschlechterung ihrer so wie so schon schlechten Lebenshaltung. Wir sind der Meinung, daß jeder Arbeiter sein Einkommen und jede Er- höhung desselben zunächst auf die Verbesserung der Lebenshaltung, Nahrung, Kleidung usw. verwenden sollte, dadurch wird naturgemäß sein Streben, die Bedürfnisse mehr und mehr zu erweitern, ein so starkes, daß er jeder Verschlechterung seiner Lebens- haltung durch Lohnreduzierungen einen entschiedenen Widerstand entgegensetzt wird; und gerade das ist es, was die Sparapostel vermeiden wissen wollen, sie, die das Sparen zur „Lösung der sozialen Frage“ als einen ganz besonderen Faktor empfehlen. Würde dieser Wunsch der Sparapostel in Wirklichkeit ausgeführt werden, was, nebenbei gesagt,

garnicht möglich ist, welche unheilbaren Wunden würden der Gesellschaft geschlagen werden? Man denke nur an die wirtschaftlichen Krisen, die ihre Ursache in der Thatsache haben, daß die Konsumfähigkeit der für die ganze Volkswirtschaft ausschlaggebenden arbeitenden Klassen durch ungenügendes Arbeitseinkommen vermindert ist. Es ist eine Unterkonsumtion, nicht eine „Ueberproduktion“ eingetreten, wie die Gelehrten von Biel's Gewerbezeitung sie fälschlich nennen. Man denke man sich dazu die „Tugend des Sparens“ im Sinne jener Sozialreformer allgemein von den Arbeitern geübt, der Effekt wäre derselbe, wie in dem Falle, wo die Krisis zur Entbehrung zwingt. Aber nicht allein das, es kommt noch hinzu ein Sinken der Löhne, denn bekanntlich richten sich die Kapitalisten bei der Bemessung der Löhne immer nach den Kosten der durchschnittlichen Lebenshaltung des Arbeiters, binnen einem ganz kurzen Zeitraum würde, wenn das Sparen allgemein geworden, sein Arbeitseinkommen genau um denselben Betrag vermindert werden.

Wie man sieht, wird die Theorie und Tugend des Sparens weder den Arbeitern, noch der Gesellschaft zum Segen gereichen, wohl aber kann sie beiden zum Fluche werden. Es bleibt also dabei, die öffentlichen Spartassen und deren warme Befürworter haben für die Arbeiterklasse nicht das mindeste Interesse, denn nicht auf dem Wege des Sparens durch Einschränkung der Bedürfnisse, sondern durch Erweiterung derselben kann die Lage des arbeitenden Volkes gehoben werden.

Der Anarchismus, seine Theorien und Geschichte.

(Fortsetzung.)

Auf dem sozialdemokratischen Parteitage zu St. Gallen (2. bis 6. Oktober 1887) wurde über das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Anarchisten debattiert; dabei machte der sozialdemokratische Abgeordnete Diebknacht als Berichterstatter folgende Ausführungen, deren vollkommene Richtigkeit durch die späteren Ereignisse bestätigt wurde: „Die Elemente, welche uns noch als „Anarchisten“ entgegengetreten, sind in drei Kategorien zu theilen: 1. Die Spitze und agents provocateurs, die, den Verhältnissen entsprechend, sehr zahlreich sind, aber hier nicht in den Kreis der Betrachtung kommen. 2. Die Verbrecher, Menschen, die Raubmord und Brandstiftung begehen, sind gemeine Verbrecher, auch wenn sie ihren Verbrechen ein anarchistisches Mäntelchen umhängen. Daß gemeine Verbrecher sich als Träger einer höheren Idee aufspielen, ist nichts Neues, und daß in politisch erregten Zeiten herrschende Ideen auch auf Verbrecher einen Strahl werfen können, liegt in der Natur der Dinge. Der Mord, welcher die Beraubung eines Mitmenschen zum Zweck hat — eine Brandstiftung, durch die eine Feuerversicherungsgesellschaft betrogen werden soll — der Diebstahl und ähnliche Handlungen bleiben gemeine Verbrechen, und wenn noch so emphatisch behauptet wird, sie seien im Dienste des Anarchismus verübt. Allerdings erkliden wir Sozialisten auch in dem gemeinen Verbrecher ein Opfer der Gesellschaft und machen wir diese für ihn verantwortlich. Das revolutionäre Volk hat dies stets begriffen und in den Tagen des Kampfes den Spitzhüben und Mördern das Handwerk energisch zu legen gewußt. Also auch diese Elemente kommen hier nicht in Betracht. Es bleiben 3. die Männer der sogenannten „Propaganda der That“, d. h. die Anhänger der Lehre, daß durch individuelle, vereinzelte Akte, durch individuelle Anwendung der Gewalt: durch Attentate und Putsch eine Revolution gemacht und die Befreiung der Menschheit bewerkstelligt werden könne. Die Bekenner der „Propaganda der That“ zerfallen in zwei Abtheilungen. Die Schwabroneure und Rantrevolutionäre — Prahlhänse, die ihre Feigheit und Schwäche hinter Kraftsprachen verdecken. Diese Menschenorte, welche im Jahre 1848 auf allen Bierbänken „Fürstenprezesse“ trieb, verspielt jetzt zur Abwechslung Dourgeois und redet Dynamit. Sie ist sehr laut und an sich ganz harmlos, obgleich nicht verkannt werden darf, daß sie den Feinden der Arbeiterfrage die Herausbeschwörung des „rothen Gespenstes“ erleichtert. Ernsthaft in Betracht kommen für uns nur jene leidenschaftlichen Naturen, in denen das Gefühl erlittenen Unrechts alle anderen Gefühle beherrscht und alle Rücksichten zurückdrängt — fanatische, kräftige, kühne Naturen, denen der revolutionäre Entwicklungsprozess zu lange dauert und die in ihrer Ungebundenheit den Sieg des Proletariats beschleunigen wollen. Im Bewußtsein ihrer persönlichen Kraft glauben sie durch ihr persönliches Handeln, durch Anwendung von Gewalt die ersehnte Revolution herbeiführen zu können. Diese Anschauung ist psychologisch leicht zu erklären, allein sie ist nicht richtig, beruht auf einer falschen Auffassung des Begriffes Gewalt und der geschichtlichen Bewegungsgeetze. Wohl war die Gewalt bisher die Geburtsheiferin neuer Gesellschaften; aber nur weil die alten Gesellschaften sich mit Gewalt dem sein Recht fordernden Neuen widersetzen. Die Gewalt macht keine Revolution und ist überhaupt nicht revolutionär. Im Gegentheil: die Feinde der Revolution haben sich stets auf die Gewalt gestützt. „Gewalt geht vor Recht“ ist kein revolutionärer Satz und „Blut und Eisen“ ist kein revolutionäres System. Der Bakilleismus war nicht die französische Revolution, er war bloß nöthig zu ihrer Verteidigung. Die Gewalt ist weit häufiger ein reaktionärer, als revolutionärer Faktor gewesen, wie ein Blick in die Geschichte zeigt. Die neuen Ideen haben stets die Gewalt gegen sich. Wäre die Gewalt allmächtig, so hätte es nie eine Revolution gegeben. Unsere heutigen reaktionären Gewaltthäter, welche gleich den Anarchisten an die Allmacht der Gewalt glauben, sind gewaltthätig im Irrthum befangen. Jede Gewaltthätigkeit beruht zusammen, sobald ihre ökonomischen Nothbedingungen verschmelzen. Und diese Nothbedingungen sind nicht in der Natur einzelner Personen. Es ist Wunderglaube, zu meinen, ein Mensch könne mit „Blut und Eisen“ oder durch eine Dynamitbombe nach Belieben die Staats- und Gesellschaftsform ändern. Macht ist nicht Gewalt. Der Macht der ökonomischen Entwicklung gegenüber ist die Gewalt Ohnmacht. Verzweiflungs-

thaten Einzelner sind keine revolutionäre Taktik. Wer ohne Macht an die Gewalt appellirt, nützt nur den Gewaltthätern. Mußten die Chicagoer Anarchisten nicht zugeben, daß „die historische Bombe“ des Mai 1886 die Interessen des arbeitenden Volkes geschädigt habe? Beschuldigten sie nicht die Feinde des Volkes, jene Bombe geworfen zu haben; und ist es nicht Thatsache, daß diejenigen, welche am tollsten den Kultus der Gewalt predigten, sich schließlich als Agenten der Gewaltthäter entpuppten? Ob die Gewalt nothwendig ist für die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft, ist eine müßige Frage, weil es nicht in unserer Hand liegt, sie zu entscheiden. Die Entscheidung liegt bei den Gewaltthätern. Mit der Lohnslaverei wird es gehen wie mit der Negerklaverei in den Vereinigten Staaten. Lange war es nur eine Minderheit, welche die Gemein-schädlichkeit der Klaverei begriff. Allmählig trat diese Gemein-schädlichkeit so grell und greifbar zu Tage, daß die Massen des Volkes sie begriffen, und dann bedurfte es nur eines Anstoßes, um den Stein in's Rollen zu bringen. Die That des alten John Brown, der freiwillig den Opfertod wählte, entfachte den Volkszorn. Es war an der Zeit. Das war auch „Propaganda der That“, aber auch die Saat war reif. Die Gewaltthäter wurden Rebellen; sie lehnten sich auf gegen den Spruch des Volkes, und die souveräne Macht des Volkes schlug die Gewalt-thäter mit deren eigenen Waffen, d. h. mit Gewalt. Aehnlich mit der Lohnslaverei. Jetzt ist's erst eine Minderheit, welche ihre Gemein-schädlichkeit begriffen hat; diese Minderheit wächst beständig, weil die Gemein-schädlichkeit der Lohnslaverei und des ganzen auf ihr beruhenden Gesellschafts- und Staatssystems immer greller und greifbarer zu Tage tritt, in immer weiteren Kreisen sich fühlbar macht, und mit der Unerbittlichkeit des antiken Schicksals naht der Tag, wo die Massen des Volkes die Gemein-schädlichkeit der Lohnslaverei ebenso begriffen haben, wie während das amerikanische Volk die Gemein-schädlichkeit der Negerklaverei. Und dann haben die Gewaltthäter zu entscheiden, ob sie dem Gebot der Vernunft und Gerechtigkeit folgen oder an die Gewalt appelliren wollen. Inzwischen werden wir die Hände nicht in den Schooß legen. Aber nicht durch Putsch und Attentate können wir den Sieg unserer Sache beschleunigen, sondern nur durch Mittel, die unsere Macht vermehren. Im Volke liegt die Macht. Die Volksmassen müssen wir moralisch erobern. Mit Wenigen läßt sich ein Putsch machen — zu einer Revolution bedarf es der in's Volk gedrunghenen Ueberzeugung, daß das Lebensinteresse der Massen den Bruch mit der Vergangenheit erheischt. Es gilt, Klarheit zu bringen in die Köpfe; der Rest wird sich schon finden. Also Propaganda. Erweckung der Volksseele. Darlegung der Wertvollheit des heutigen Systems. Und wir selbst müssen lernen, wenn wir erfolgreich lehren wollen; drum ist unsere Lösung: Agitiren, organisiren, studiren.“

Diebknacht empfahl nachstehende Resolution zur Annahme: „Der Parteitag erklärt die anarchistische Gesellschaftstheorie, so weit dieselbe die absolute Autonomie des Individuums erstrebt, für antisozialistisch, für nichts Anderes als eine einseitige Ausgestaltung der Grundgedanken des bürgerlichen Liberalismus, wenn sie auch in ihrer Kritik der heutigen Gesellschaftsordnung von sozialistischen Gesichtspunkten ausgeht. Sie ist vor Allem mit der sozialistischen Forderung der Vergeellschaftung der Produktionsmittel und der gesellschaftlichen Regelung der Produktion unvereinbar und läuft, wenn nicht die Produktion auf den Zwergmaßstab des kleinen Handwerks zurückgeführt werden soll, auf einen unlöslichen Widerspruch hinaus. Der anarchistische Kultus und die ausschließliche Zulassung der Gewaltpolitik beruht auf einem groben Mißverständnis der Rolle der Gewalt in der Geschichte der Völker. Die Gewalt ist ebenso gut ein reaktionärer, als ein revolutionärer Faktor, ersteres sogar häufiger gewesen als das letztere. Die Taktik der individuellen Anwendung der Gewalt führt nicht zum Ziele und ist, insofern sie das Rechtsgefühl der Masse verlegt, positiv schädlich und darum verwerflich. Für die individuellen Gewaltakte bis auf's Allerbeste Verfolgt und Gedächter machen wir die Verfolger und Richter verantwortlich und begreifen die Neigung zu solchen als eine Erscheinung, die sich zu allen Zeiten unter ähnlichen Verhältnissen gezeigt hat und welche gegenwärtig durch bezahlte agents provocateurs für die Zwecke der Reaktion gegen die arbeitende Klasse ausgenützt wird.“

Die Resolution wurde vom Kongress einstimmig gegen zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Wald nachher boten sich neue Beweise dafür, daß die anarchistische Bewegung hauptsächlich von Polizeispiegeln gemacht wurde. Minister Puttkamer hatte, während über das Gelingen des Parteitages von St. Gallen und das Wachstum der Sozialdemokratie, dem Reichstage am 14. Januar 1888 eine neue Gesetzesvorlage zur Bekämpfung der Sozialdemokratie über-wiesen, welche nicht nur gegen die Agitatoren sehr hohe Strafen, sondern auch Entziehung der Staatsangehörigkeit und Ausweisung aus dem Bundesgebiet vorsah. Als dieses Gesetz (lat. ex patria = aus dem Vaterlande) am 27. Januar 1888 zur ersten Lesung im Reichstage kam, bewies der Abgeordnete Singer, daß die von der deutschen Polizei im Auslande und speziell in der Schweiz besetzten Agenten nicht nur die sozialdemokratische Bewegung überwachen, sondern daß sie von ihren Auftraggebern förmlich dazu gedrängt werden, zu verbrecherischen Handlungen aufzureizen und selbst solche zu arrangiren. Singer legte auf den Tisch des Hauses folgendes Schreiben der Abgeordneten Singer und Wedel an den Polizeihauptmann und Untersuchungsrichter Fischer in Zürich, sowie die darauf erfolgte Antwort desselben nieder: „Die ergebene Unter-zeichneten richten an Sie die häßliche Bitte, ihnen beizuhelfen zu wollen, daß der in Zürich-Niesbach wohnhafte, hier in Haft befindliche Schreiner und Agent Karl Schröder, sowie der in Haft genommene Sieber Christoph Haupt aus Genf, folgende, Freunden von uns gemachte Gesandnisse auch in der wider sie anhängigen behördlichen Untersuchung ausgelegt haben, resp. daß die in den Gesandnissen zugegebenen Thatsachen auch anderweit durch Zeugenvernehmungen von der Unter-suchungsbehörde festgestellt sind: 1. Daß Schröder schon seit Jahren im Dienste der Berliner Polizei steht, Anfangs monatlich M. 200 Gehalt und in den letzten Jahren M. 250 pro Monat erhalten hat. 2. Daß er das Geld auf Anweisung des Polizeiraths Krüger in Berlin empfangen, seine Berichte an den Polizeirath Krüger gefaßt habe. 3. Daß bei Schröder bei der Hausdurchsuchung eine Risse Dynamit aus der Dynamitfabrik Opladen, Regierungsbezirk Düsseldorf, Rammen, gefunden wurde, die Schröder von den Anarchisten Eiter und Wübbeler empfangen. 4. Daß Schröder mit den Anarchisten Steinhilber, Kammerer, Kaufmann, Kessel und Anderen genau bekannt war und in intimen Beziehungen stand und im Herbst 1883 einer in Zürich stattgehabten Konferenz der Schweizer Anarchist. bei-

wohnte, bei der auch die Genannten zugegen waren. 5. Daß seine Verbindung mit der Berliner Polizei der Anarchist Kaufmann vermittelte und nach Schröder's Aussage auch Kaufmann im Dienste der Berliner Polizei arbeitete. 6. Daß Schröder auch mit den Anarchisten Peuler und Nebe in persönlichen Beziehungen, mit dem Anarchisten Justus Schwab in Newyork in brieflichem Verkehr stand. 7. Daß Schröder alle neuerscheinende sozialistische und anarchistische Literatur für die Berliner Polizei anzuschaffen und dieser sofort zuzusenden hatte, daß er die bezüglichen Versammlungen der erwähnten Richtungen zu überwachen und die darin anwesenden Personen zu benutziren hatte. 8. Daß Schröder in Versammlungen und Wirtschaften die Arbeiter durch seine Reden erhitte und aufgehetzt und sie auf den Weg der Gewalt, als dem einzigen Mittel zur Rettung, verwies und zur „Propaganda der That“ aufgefordert habe. — Bezüglich Haupt's: 1. Daß Haupt zugefanden, seit vollen sieben Jahren im Dienste der Berliner Polizei zu stehen, Anfangs in Paris thätig war, dann nach Genf übersiedelte. 2. Daß Polizeirath Krüger den Haupt im Jahre 1881 und der Polizeirath von Hade im Jahre 1884 persönlich in Genf besuchten und ihn instruirten haben. 3. Daß Beide mit seinen bisherigen Leistungen nicht zufrieden waren und „mehr“ von ihm verlangten, wobei Polizeirath Krüger Winke erteilte, wie er namentlich die in Genf lebenden Russen und Polen an sich heranzulocken, sich in ihr Vertrauen schleichen und nachlässigerweise in ihre Wohnungen eindringen sollte, von Hade ihm den Rath gab, sich in die Kreise der Anarchisten zu drängen. 4. Daß Haupt Anfangs M. 100, dann M. 125, später M. 150 und zuletzt 200 Franken pro Monat vom Polizeirath Krüger erhielt, welcher ihm auch Geld zur Gründung eines Geschäfts anbot. 5. Daß Polizeirath Krüger dem Haupt schrieb, er wisse, das nächste Attentat gegen den Katen werde von Genf ausgehen, darüber brauche er Berichte.“

Die Antwort auf dieses Schreiben lautete: „Herrn A. Wedel und Paul Singer, Mitglieder des Deutschen Reichstages. Zürich, den 6. Januar 1888. Durch Brief vom heutigen Datum eruchen Sie mich um verschiedene Auskunft in der Untersuchungssache gegen Karl Schröder, Schreiner, und Christian Haupt, Sieber. Bei dem lebhaften Interesse, welches die Sache für die schweizerischen Behörden in Bezug auf das provokatorische Schreiben der unter Anklage stehenden Personen hat, erkläre ich Ihnen, obgleich keinerlei Verpflichtung für mich dazu vorliegt, daß einerseits durch Gesandnisse der Angeklagten, andererseits durch Zeugen die vollständige Richtigkeit sämtlicher in dem zurückfolgenden Schriftstücke angeführten Behauptungen festgestellt ist. Einzig der in Frage 6 behauptete Verkehr Schröder's mit Justus Schwab ist bis jetzt noch nicht amtlich erörtert. Hochachtungsvoll Das Polizeikommando: Fischer, Polizeihauptmann.“ (Abgedruckt in der unter dem Sozialistengesetz verbotenen, massenhaft verbreiteten Broschüre: „Nach zehn Jahren.“ Material und Quellen zur Geschichte des Sozialistengesetzes. London. German Cooperative Publishing Co. 1889; aus derselben ist auch ein Theil der hier mitgetheilten Darstellungen entnommen.)

Der Vorbringung dieser Thatsachen und Aktenstücke gegen-über, welche alle behördlich beglaubigt waren und deren Richtig-keit unanfechtbar war, vermochte Puttkamer nichts entgegen-zusetzen als die Versicherung, daß ja allerdings die Organe, denen sich die Behörden zu ihrer Spionage im Auslande be-dienen, auf den Charakter von Gentleman (anständigen Leuten) in der Regel keinen Anspruch haben, daß es aber eine vollständige Entbindung und tendenziöse Verdächtigung sei, Polizei und Regie-rung zu beschuldigen, daß sie sich der agents provocateurs bedienen, um durch dieselben Verbrechen anstiften zu lassen. Da müsse er ja vor Scham in die Erde versinken, wenn er in diesem Punkte kein reines Gewissen hätte.

Bei dieser feierlichen Versicherung blieb der Reichstag eifrig-kalt, nur von rechts, von den konservativen Freunden Puttkamer's, wurde „Sehr richtig!“ gerufen. (Fortsetzung folgt.)

Falsche Behauptungen über Industrieverbände, Genosse Bod und der Holzarbeiterverband.

Es ist in nachfolgenden Zeilen nicht unsere Absicht, eine Diskussion über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der Industrieverbände hervorzurufen, da, wie unsere Leser wohl zugeben werden, über diese Frage schon in unserer Zeitung, als auch kürzlich wieder auf dem Bekleidungsindustrie-Kongress des Bängern darüber debattirt worden ist, und man füglich annehmen sollte, jeder Kollege resp. Gewerkschaftler müsse sich über die Frage der Industrieverbände klar sein. Ob der Zu-sammenschluß der Schuhmacher, Schneider, Lederarbeiter usw. in einen Bekleidungsindustrie-Verband für die in Frage kommen-den Gewerbe einen Vortheil oder Nachtheil bedeutet hätte, darüber wollen wir nicht rechten. Die Auseinandersetzungen im „Schuhmacher-Jahrbuch“, sowie in der „Fachzeitung für Schneider“ lassen darüber keinen sicheren Schluß zu. Daß der Redakteur des „Schuhmacher-Jahrbuch“, Genosse Bod, Gegner der In-dustrieverbände war und auch noch ist (wenn er auch die Ver-sicherung giebt, daß er es nicht prinzipiell ist), wußten wir lange, und wir haben ihm manche Seitenhiebe auf den seit einem Jahre bestehenden Holzarbeiterverband deshalb nachgesehen, weil wir gewohnt sind, auch die Meinung unierer Gegner, ja selbst ein nicht zutreffendes Urtheil, wenn es nicht in d e s w i l l i g e r A b s i c h t gefaßt wurde, anzuhören und nicht wie eine gewisse Sorte Bierfäuler Jeden anzulassen. Ebenso wie die Redaktion des „Schuhmacher-Jahrbuch“ konnte auch die des „Zimmerer“ und des „Glaser“, der liebe herzens-an-schuldige Kollege Ottomar Rütche, nicht umhin, uns, d. h. dem Holzarbeiterverband, bei passender Gelegenheit mal so Ein-zusatzwischen, so z. B. und mit dem angeführten Verstarbeiter-Verband um die Ohren zu schlagen usw. Alles das hat uns nicht alterirt, wir waren angesichts des Sieges unserer Sache großmüthig genug, alle die kleinen und „großen“ Kläffer, die man sich noch zum „Rübelstein“ heranzohle, unbedacht zu lassen. Nachdem aber der Genosse Bod auf dem Bekleidungsindustrie-Kongress am 21. August wider besseres Wissen, d. h. schlicht, janzohl absichtlich, eine Unwahrheit bezüglich des Holz-arbeiterverbandes gesagt hat, wahrlich um die Delegationen in Bezug auf Ablehnung eines Industrieverbandes zu beria-then, hört der Spatz auf.

Genosse Bod behauptete in seinem Korregerate über die Frage: „Ist der Bekleidungsindustrie-Verband zweckmäßig und ist schon durchführbar?“ der Holzarbeiterverband sei seit seinem Bestehen um 1000 Mitglieder zuzugewachsen. Ob Genosse Bod den Delegationen die vor angeführten Behauptung grüßlich machen wolle? Wir

wollen es nicht, vermuthen es aber sehr stark, und zwar umsomehr, da wir überzeugt sind, daß Genosse Bod genau wußte, welche grundlose und unwahre Behauptung er der Versammlung aufstülpte; Genosse Bod mag unsere Anklage hart finden, wir wollen ihm aber auch den Beweis bringen.

Bis zum 1. Juli vorigen Jahres tauchte die Redaktion des „Schuhmacher-Fachblatt“ mit uns ein Exemplar der „Neuen Tischlerzeitung“ aus, welches Tauschverhältnis auch auf die „Holzarbeiter-Zeitung“ übertragen wurde. Genosse Bod erhielt folglich auch die Nr. 1 der „Holzarbeiter-Zeitung“ von diesem Jahre. In dieser ist die Schlussabrechnung des früheren Deutschen Tischlerverbandes enthalten, laut welcher derselbe am Schlusse in den Jahrestellen 18 685 Mitglieder und als Einzelmitglieder 715, zusammen 19 400 Mitglieder zählte.

Nr. 25 der „Holzarbeiter-Zeitung“ von 1893 enthält die Abrechnung des früheren Drechslerverbandes, dieselbe weist 1957 Mitglieder auf. In der Abrechnung der Büchsen- und Winkelmacher die in Nr. 26 vom vorigen Jahre steht, sind 1038 Mitglieder aufgeführt. Von den Stellmachern liegt uns keine Abrechnung vor, doch giebt das „Correspondenzblatt“ der Generalcommission die Mitgliederzahl auf 450 an. Diese einzeln aufgeführten Zahlen der Mitglieder der einzelnen dem Holzarbeiterverbande beigetretenen Verbände ergibt die Gesamtzahl von 22 845 Mitgliedern am Schlusse des Juni vorigen Jahres, mit welchem Tage der Holzarbeiterverband in's Leben trat.

In Nr. 11 dieses Jahres (auch diese hat Genosse Bod erhalten) ist die 1. Quartalsabrechnung des Holzarbeiterverbandes enthalten. Dieselbe weist eine Mitgliederzahl von 24 075 auf, was wäre nicht eine Abnahme von 1000 Mitgliedern, Genosse Bod, sondern eine Zunahme derselben um 1230 Mitglieder. Wenn das 4. Quartal des vorigen Jahres, das zweite des Holzarbeiterverbandes, ein etwas ungünstigeres Resultat, Abnahme von 801 Mitgliedern aufweist, so wird das selbst Genosse Bod begreiflich finden. Diese Abrechnung steht in der Nr. 24 d. J. und ist ihm auch zugestellt worden. Das Resultat hat sich im 1. Quartal d. J. aber wieder bedeutend gebessert, wie die Abrechnung in der dem Genossen Bod auch zugelandten Nr. 34 d. J. nachweist. Die Mitgliederzahl ist nämlich von 23 774 auf 24 499 gestiegen. Ja Summa summarum hat der Holzarbeiterverband seit der Zeit seines Bestehens um 1854 Mitglieder zu, aber nicht um 1000 Mitglieder abgenommen, Genosse Bod. Demnach ist das Plus von 1654 Mitgliedern seit Begründung des Holzarbeiterverbandes nur ein minimales ist, so ist trotzdem diese geringe Mitgliederzunahme angesichts der schlechten Konjunktur und angesichts der Mitgliederabnahme in vielen anderen Nicht-Industrieverbänden als ein großer Erfolg zu bezeichnen, mit dem wir, die Industrieverbände, ganz zufrieden sein können.

Dieser Beweis, der in den gedruckten Abrechnungen, aus den Abrechnungen der Jahrestellen des Verbandes zusammengestellt, von den Redatoren anerkannt und hier schwarz auf weiß wiedergegeben ist, wird hoffentlich dem Genossen Bod und Allen, die so gern den Holzarbeiterverband nehmen und Fremden von Industrieverbänden damit um die Ohren schlagen wollen, wohl genügen, für die Folge mit grundlosen, tendenziösen Behauptungen etwas vorsichtiger und gewissenhafter zu sein.

Auf die Ausführungen des Genossen von Elm wollen wir uns deswillen nicht eingehen, um nicht wie er in denselben Fehler zu verfallen, Behauptungen anzustellen, ohne sie beweisen zu können. Wir werden uns derselben aber später noch erinnern.

Bezüglich der Behauptungen des Genossen Bod und derjenigen des Genossen von Elm ging uns, als vorstehender Artikel schon gesagt war, eine Zuschrift vom Kollegen R. Haggengamburg zu mit der Bitte, selbige zu veröffentlichen. Wir können diesen Einspruch insoweit nach, als wir nur die Kritik über die Behauptungen von Elm zum Abdruck bringen; den übrigen, der Genossen Bod betreffenden Theil aber um deswillen weglassen, weil er sich mit unseren obigen Ausführungen dem Sinne nach vollständig deckt.

Der Genosse von Elm hat sich daselbst als Vertreter der Generalcommission ebenfalls gegen die Industrieverbände ausgesprochen; dies ist ja selbstverständlich sein gutes Recht, wenn er anderer Ansicht ist, darüber mit ihm hier zu streiten, habe ich nicht für den passenden Ort, diese Debatte führen wir uns ipso facto bis zum nächsten Gewerkschaftstreffen; aber anfallend ist die Behauptung von ihm, daß im Holzarbeiterverband nur das Gerüß der Mitglieder, die Tischler, größer geworden sei, während die übrigen Branchen im Verband rückwärts gegangen sind, und zwar deshalb anfallend, weil der Vorstand des Holzarbeiterverbandes bis jetzt noch keine Statistik herausgegeben hat, wo die Mitglieder nach Branchen geordnet sind; diese Statistik wird doch erst am Schlusse des ersten Jahres zusammengestellt werden können und kann deshalb auch nicht zur Revision der Generalcommission resp. des Genossen v. Elm gelangt sein.

Was auch hier Behauptungen ohne Beweise, und wäre es wohl richtiger gewesen, wenn der Genosse v. Elm erst diese Statistik abgewartet und dann seine Behauptung auszusprechen hätte.

Dies sind so einige Kraben, mit welchen Mitteln von verschiedenen Seiten gegen die Industrieverbände losgezogen wird, und diese Mittel den Lesern der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu zeigen, war der Zweck dieser Zeilen. Im Uebrigen bin ich der Ansicht, daß ein ganzer Theil Gerüß, welche jetzt gegen die Industrieverbände angeführt werden, weggelassen werden, wenn das Lichtmännchen:

„Licht zu selber ein Garzes nicht bilden,
Er schätze als Theil dem Ganzen sich an“,
mehr beherzigt würde, aber lieber wird halt dieser mehr das Wort des Julius Cäsar, welches lautet: „Ich wenigstens möchte lieber der Erste in diesen Dingen, als in dem der Zweite sein“, befolgen.

Sozialpolitische Kundigen.

Ein Gewerksverein christlicher Bergleute für den Ober-Rheinischen Revier ist am 27. August in Eisen gegründet worden.

Es ist an und für sich schon recht wunderbarlich, wenn sich in Arbeitervereinigungen, in denen über deren Wohl und Wehe, über Schaffung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen hergehört werden soll, allerlei Leute als Rathgeber aufweisen, die weder Arbeiter sind, noch die Noth verstehen können, noch die wackeligen Hülfsmittel aller Einzelnen anwenden wollen. Aristokratie, Böhmen und Lakaien und Fabrikanten, hielten sich in dieser Besprechung das große Wort, natürlich um den Arbeitern

vorzureden, daß zu organisiren ja ihr gutes Recht sei, aber die Organisation müsse auch eine solche sein, die den Frieden mit den Unternehmern, den Kohlenbaronen, nicht gar zu arg löse. Denn als etwas Anderes ist es nicht zu verstehen, wenn den Arbeitern gerathen wurde, die Forderung des Achtstundentages fallen zu lassen; und man ferner bestrebt war, den Arbeitern plausibel zu machen, daß die Verwaltung des Vereins in den Händen von Invaliden, die natürlich christlich gesinnte und in logischer Konsequenz auch königstreue Arbeiter sind, am besten ruhen wird.

Der Kaplan Dr. Oberdörfer-Köln schien die Bestimmung, welche sich bei einigen Delegirten bemerkbar machte, niederkämpfen zu wollen, denn er ermahnte „einträchtig zusammenzuwirken, zwischen Bergarbeitern darf kein Konfessions- oder Partei-Unterschied herrschen. Ich habe aber noch eine zweite Mahnung an Sie: seien Sie in der Polemik nicht zu schroff. In den Gruben arbeiten bekanntlich nicht bloß christlich gesinnte, sondern auch ungläubige Arbeiter, die ebenfalls bestrebt sind, ihre wirtschaftliche Lage aufzubessern. Deshalb empfiehlt es sich, diese Arbeiter nicht als Feinde zu betrachten, denn es könnten Zeiten eintreten, in denen es das Interesse der Bergarbeiter gebietet, wie ein Mann zusammenzustehen ohne jeglichen Unterschied. Ich empfehle nicht ein Zusammengehen mit den ungläubigen Bergarbeitern, aber ein möglichst friedliches Verhältnis mit denselben anzubahnen. Andererseits empfehle ich Ihnen, eine möglichst gute Klasse zu gründen, ohne diese wird der neue Verband kaum etwas erreichen. Der Verband wird, angesichts der vielen Arbeiterfeinde, nicht umhin können, gegen seine Widersacher Krieg zu führen; zum Kriegführender gehört aber erstens Geld, zweitens Geld, drittens Geld. Der Verband kann auch in die Lage kommen, Gemäßigtheit unterstützen zu müssen, und er muß auch den nöthigen Fonds haben, wenn die Nothwendigkeit einer großen Aktion, die den christlichen Grundsätzen nicht widerspricht, an die Bergarbeiter aus wirtschaftlichen Gründen herantreten sollte. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen, mit Einigkeit, Muth und Ausdauer an's Werk zu gehen, dann wird Ihnen der Erfolg nicht fehlen.“

Daß die Kohlenbarone den christlichen Verein nicht fürchten, beweist eine Nothiz in dem berichtigten Organ der rheinisch-westfälischen Schienenfahrer und Steuerhinterzieher, laut welcher dem Verein der kapitalistische Segen ertheilt wird. „Dem Programm“, heißt es, „kann Jeder, sei er Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, seine Zustimmung geben.“ Wenn auch der Dr. Oberdörfer von „Krieg führen müssen“ gesprochen habe, so alterire ich das wenig, denn der Vorsitzende hätte erklärt, daß es „eine Nothwendigkeit sei, wenn die christlichen Bergleute nach einem allgemeinen Ausbruch streben.“ Damit könne man zufrieden sein, sagt das Blatt, es ist also nichts zu befürchten, wir sehen der Entwicklung des Vereins mit aller Ruhe entgegen.“ Der Meinung sind wir auch, Arbeiterorganisationen, über die Pfaffen und Geldhändler wachen, sind für letztere ungefährlich.

Der große Eugen Richter zeigt sich mal wieder in seinem ganzen echt „freisinnigen“ Glanze. In seiner „Freis. Ztg.“ steht nämlich:

„Die „Köln. Ztg.“ erfindet, daß freisinnige Blätter Vorwürfe gegen die Kriegsverwaltung wegen der Verurteilung von Soldaten zu Erntearbeiten erhoben hätten. Es wird dann in der üblichen Weise gegen den Freisinn polemisiert. — Uns ist kein einziges freisinniges Blatt bekannt, in welchem Klagen über die Verurteilung von Soldaten zu Erntearbeiten erhoben worden wären.“

Darnach billigt also der „Freisinn“ die Erntearbeitungen. Ein Hoch solchem „freien Wettbewerb“, den Herr Richter als höchstes Ideal verehrt.

Ähnlich wie die Tischler-Zunungsmeister vor einigen Wochen in Köln, so werden auch die Bannergewerksmeister ebendieselbe die zur Dokumentierung ihres „Kochstundes“ bestimmten drei Tage, nach der „Bannergewerkszeitung“, wie folgt todtgeschlagen:

Samstag, den 9. September. 11 bis 1 Uhr Mittags und von 4 Uhr Nachmittags ab: Ausgabe der Theilnehmerkarten gegen Zahlung von M. 10, Damenkarten M. 6. 6 Uhr Abends: Eröffnung des Delegirtentages und Begrüßung seitens der Maurer- und Steinewerksmeister-Zunung in Köln. 8 Uhr Abends: Gesellschaftliche Zusammenkunft der Theilnehmer mit ihren Damen und Gästen im Dom-Hotel. — Sonntag, den 10. September. 9 Uhr Morgens: Beginn der Verhandlungen des Delegirtentages im großen Saale der Lesegesellschaft. 9 1/2 Uhr Morgens: Zusammenkunft der Damen und event. Gäste im Hochzeitsjale der Lesegesellschaft; dann Fahrt vom Hauptbahnhof nach Brühl zur Besichtigung des königlichen Schlosses und Park. Frühstück im Hotel Kluth daselbst. 1 Uhr Mittags: Frühstückspause. 3 1/2 Uhr Nachmittags: Dampfbootfahrt der Theilnehmer mit Damen ab Schiffbrücke zur „Flora“, daselbst gemeinschaftliches Mittagessen. (Gebäude M. 2, ohne Wein.) 8 Uhr Abends: Zusammenkunft in der Wolfenburger, Gesellschaftshaus des Kölner Männergesangvereins. — Dienstag, den 11. September. 9 Uhr Morgens: Fortsetzung der Verhandlungen. 9 1/2 Uhr Morgens: Zusammenkunft der Damen und event. Gäste im Hochzeitsjale der Lesegesellschaft; dann Besichtigung der Sehenswürdigkeiten der Stadt: Rathhaus, Museum, Post-, Gerichtsgebäude, Dom usw. 1 Uhr Mittags: Frühstückspause. 3 Uhr Nachmittags: Besuchen des Domes und Besichtigung der Schatzkammer. 4 Uhr Nachmittags: Korsofahrt durch die Rheinstadt. 7 Uhr Abends: Festessen im großen Saale der Lesegesellschaft, währenddessen Konzerte, nachher Gesangsvorträge und Theatervorführungen. — Mittwoch, den 12. September. 8 Uhr Morgens: Festfahrt rheinwärts mit Sonderdampfer der Rhein. Dampf-Schiffahrts-Gesellschaft in Begleitung der Kapelle des 16. Infanterie-Regiments. 11 1/2 Uhr: Ankomst in Königswinter. Anfahr zum Drachenfels per Bahndampfer; daselbst Konzert. 1 Uhr: Abfahrt von Königswinter rheinwärts bis Lintel, dann zurück nach Bonn. 2 1/2 Uhr: Ankomst in Bonn, dort gemeinschaftliches Mittagessen bei Wolff usw. 7 Uhr: Abfahrt von Bonn. 8 1/2 Uhr: Ankomst in Köln.

Was den Herrn die Vergnügungsvorhaben gelostet haben, dürfen deren Arbeiter an den ihnen nach Rücksicht gemachten Lohn- und Arbeitsbedingungen am besten berechnen können.

Submissionsaufrag. Bei der Submission für Erd- und Maurerarbeiten der Umwehrungsmauern zum Neubau eines Zentralgefängnisses war das Höchstgebot M. 27 230 45, das Mindestgebot M. 18 798 25; die Differenz beträgt also M. 8 442 20 oder fast ein Drittel des Höchstbetrages. Zu bekanntlich die

Maurermeister nicht allein nur von Luft und Wind leben können, so dürften die Arbeiter wohl wieder diejenigen Objekte sein, aus deren Knochen die Submissionsmittel für eine „standesgemäße“ Lebensweise der Herren Maurermeister herausgeschunden werden.

Etwas über Bedürfnislosigkeit. Die Bedürfnislosigkeit als kulturfeindliches Element mit passenden Worten gebrandmarkt zu haben, ist Lassalle's Verdienst. Seitdem der große Agitator im Jahre 1863 den deutschen Arbeitern zurief: „So lange Ihr nur ein Stück schlechte Wurst habt und ein Glas Bier, merkt Ihr garnicht, daß Euch etwas fehlt. Das kommt von Eurer verdammten Bedürfnislosigkeit. Wie, werdet Ihr sagen, ist die Bedürfnislosigkeit denn nicht eine Tugend? Ja, vor dem christlichen Moralprediger ist die Bedürfnislosigkeit allerdings eine schöne Tugend, aber vor dem Geschichtsforscher und vor dem Nationalökonom gilt eine andere Tugend. Fragen Sie alle Nationalökonom: Welches ist das größte Unglück für ein Volk? Wenn es keine Bedürfnisse hat. Denn diese sind der Stachel seiner Entwicklung und Kultur! Möglichst viele Bedürfnisse haben, aber sie auf ehrliche und anständige Weise befriedigen — das ist die Tugend der heutigen, der nationalökonomischen Zeit.“ Seit diese Worte gesprochen worden, ist ein Menschenalter dahingeraucht. Aber wenn die Massen auch gewaltig gewachsen sind, welche die Bedeutung obiger Worte erfasst haben, welche Bedürfnisse besitzen und um einen Gesellschaftszustand ringen, der die Befriedigung derselben ermöglicht, so weit ist die Fortentwicklung des Geistes im Volke doch noch nicht gediehen, daß jene von Lassalle gezeichneten Moralprediger es aufgegeben hätten, wider die wachsende Begehrlichkeit der Massen zu eifern, weil sie es begriffen, daß sie mit diesem Eifern eine kulturwidrige Thätigkeit entfalten. Diesen Nichtseindern mögen die Lebenserinnerungen des vor Jahresfrist gestorbenen Werner von Siemens empfohlen sein. Dort sagt der große Elektrotechniker: „Der bedürfnislose Mensch ist ihm erweckt sind, bildet er ein dankbares Objekt für soziale und religiöse Kulturbestrebungen. Mit letzteren zu beginnen, wird immer nur Scheinergebnisse geben.“ Der Kern dieses bemerkenswerthen Ausspruches steckt darin, daß die Form sozialer Bethätigung für die geistige Fähigkeit, geistige Entwicklung die leitende Grundlage bildet. Körper und Geist sind untrennbar verbunden. Die sozialen Zustände unserer Zeit drängen aber die Gedanken der Menschheit zunächst auf die Bildung und Sicherung des Körpers. Diese Konzentration auf das Diesseits bringt die Menschen zur Erkenntniß, daß die schönen Bilder, die vom Zukunftsstaat des Jenseits Jahrhunderte durch entrollt wurden, kein Recht haben, weitere Opfer des Nachdenkens zu gewinnen, so lange das Diesseits an seinen gräßlichen Unvollkommenheiten Millionen von Menschen hinrichten und verderben läßt. Der Kampf aber um diese Vollkommenheit des Glüdes im Diesseits zimmert den Sarg, in den die Priester allen Wunderglaubens ihre Hoffnungen, den Menschen für ihre „religiösen Kulturbestrebungen“ zu entflammen, sinken sehen werden.

Aus der Schweiz. Noch standalöser als das erste Urtheil im Prozeß Wastli's nennt die Züricher „Arbeiterstimme“ das zweite. Die erste Jury ging von der Anschauung aus, daß Wastli's deshalb als der geistige Urheber des ganzen Kravalls betrachtet werden müsse, weil er in der sozialdemokratischen Agitation im Vordergrund stand. Das Urtheil der Geschworenen war also vom reinsten Haß gegen ihn als Parteilmann diktiert. Das Urtheil dieser bornirten verheßten Werner Bauernköpfe war nach ihrer Ueberzeugung richtig und entsprach ihrem Gefühl. Anders ist es mit der zweiten Jury. Diese war durch die Kritik und die hochgehende Bewegung gegen das erste Urtheil ernüchert, sie überließ sich nicht mehr der Führung des dumpfen Klassenhaßes, und deshalb gerade, weil sie mit Augen sah und mit Ohren hörte, und das Beweismaterial ohne Voreingenommenheit prüfte, mußte sie zu einem Freispruch kommen. Was die erste Jury in dumpfer Befangenheit, ohne klares Bewußtsein that, das hat nun die zweite mit voller und klarer Erkenntniß und kaltem Blutes und aus bewußter Ueberlegung heraus gethan. Und darum nennen wir das zweite Urtheil noch standalöser als das erste.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Jahrestellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Güstrow. (Situationsbericht.) Wenn je ein Ausfall den Arbeitern günstig lag, so ist es der hier seit dem 16. August bestehende Streik der 106 Metall- und 25 Holzarbeiter von der Mecklenb. Waggonfabrik. Der Grund hierzu ist — wie bereits bekannt gegeben — das prophanste Verlangen des Direktors an die Verbandsmitglieder, aus ihren Verbänden auszutreten. Hierzu trat noch der Unwille der Arbeiter über das seit Jahren geübte Betrugsystem, daß den Arbeitern wie der in Wirklichkeit verdiente Lohn ausgezahlt wurde, sondern die Höhe desselben, wie überhaupt die ganze Existenz derselben ein paar Schwanzrohren anheimgegeben war. Diese traurigen Zustände sind oft genug in unserem Organ beleuchtet worden, ohne daß darüber noch viele Worte verloren zu werden brauchten. Das Haß war aber voll zum Ueberlaufen, und wenn die Arbeiter Besonnenheit genug zeigten, den entstandenen Konflikt gütlich beizulegen, so lehrte der Herr Direktor seine ganze Prophanthätigkeit heraus, eine Einigung unmöglich zu machen. Selbst die öffentliche Meinung, die einstimmig sein Verhalten verurtheilte, imponirte ihm nicht. Auf die sehr objektive Erklärung der Herren Fabrikinspektor Hennemann, Bürgermeister Sührot, Oberlehrer Erzgräber, Pastor Wilhelm und Kaufmann Krause, daß der Direktor Franke verpflichtet sei, mit den Ausfallenden zu unterhandeln, hatte dieser weiter nichts als Lügen und Verdrehungen des Thatbestandes zur Antwort. In seiner Muth verschmähte es der Herr Direktor Franke sogar nicht, auf die nochmalige Erklärung der fünf Herren diese öffentlich in der „Güstrower Zeitung“ wegen ihrer Rechtlichkeit zu denunziren, daß sie sozialdemokratische Umtriebe unterstützten. Gerade diese Art Schlagworte sind wegen ihrer Boshaftigkeit oft genug gebrandmarkt. In diesem Falle waren sie aber boshaft darauf berechnet, die öffentliche Meinung zu vergewaltigen. Doch Nichts hat bis jetzt verfangen. Die Streitenden sehen fester denn je zusammen. Die gesammte Einwohnerchaft wird immer mehr erbittert über die Prophanthätigkeit des Franke, und was das Beste ist, die Fabrik bekommt immer mehr den Dalles. Hochgeachtete Beamte

und die Regierung haben bis jetzt vergebens einen Vergleich herbeizuführen gesucht. Nun, wenn es dem Herrn Franke noch nicht beliebt, wir können schon warten im Vertrauen darauf, daß die gesammte Kollegenchaft hinter uns steht. — Wir geben noch bekannt, daß alle vom Streikcomité an die Verwaltungsstellen gesandten Sammellisten an den Hauptkassierer A. Bohne, Stuttgart, Böblingerstraße 127, zu senden sind.

Heide. Wie sehr die hiesige Tischlerinnung bemüht ist, ihr kleines Häuflein zusammenzuhalten und die ihr zuerkannten Rechte des § 100s der Reichs-Gewerbeordnung zu wahren, beweist, daß die hiesigen Innungsbrüder vor mehreren Wochen an alle selbständigen Tischlermeister auf dem Lande vier bis fünf Stunden von Heide entfernt, soweit selbige der Innung nicht angehörten und Lehrlinge hatten, ein Zirkular zugesandt resp. durch die Ortsbehörden zulesen ließen, das eher einer Straf-urkunde als einer indirekten Aufforderung zum Beitritt in die Innung ähnlich sieht. Auch ein Kollege von uns ist mit solchem Wißch beehrt worden und stellt er uns denselben zur Verfügung. Der Inhalt ist wie folgt:

Nordhafebt,

J.-Nr. 355.

Es ist festgestellt worden, daß Sie seit dem 1. Mai 1894 einen Lehrling hatten, ohne der Baugewerksinnung in Heide anzugehören. Infolge eines Schreibens der Aufsichtsbehörde für die Innung in Heide vom 17. Juli 1894 — J.-Nr. 4391 — gebe ich Ihnen hierdurch auf, Ihren Lehrling sofort zu entlassen.

Der Amtsvorsteher. Lindmann.

An den Tischler Herr . . . , hier.

Ueber ein Jahrzehnt kämpfen die Herren mit dem Innungsmonopol betreffs der Meisterwürde herum und immer geht es weiter rückwärts. Trotz aller Mühe und Anstrengungen, Innungs- und Handwerktage, trotz der vielen Petitionen, ist es den Herren nicht möglich, das Handwerk vor dem Untergange zu retten. Es verjumpt, wenn wir nicht bald Hilfe bekommen, sowie es auf der Handwerker-Konferenz im Jahre 1892 deutlich hervorging. Und doch verlieren die Herren den Muth nicht, sogar nach dem ländlichen Handwerker strecken sie ihre Fangarme aus, ob dieser will oder nicht, der § 100s wird ihn schon kirre machen. Kollegen von Heide und Umgegend, die Ihr uns noch fernsieht, laßt Eure Gleichgültigkeit bei Seite, nehmt Euch ein Beispiel an den Meistern bezüglich ihrer Agitation. Eure Lage ist gewiß nicht die beste. Bis zwölfstündige Arbeitszeit, bei einem Lohn von M. 5—10 mit Kost und Logis. Ihr habt das „Recht“, Euch zu organisiren, schließt Euch dem Holzarbeiter-Verbande an, denn nur durch Zusammenschluß aller Kollegen ist es uns möglich, unsere wirtschaftliche Lage zu verbessern und uns vom Druce geistiger und physischer Knechtschaft zu befreien.

Flensburg. Am Sonnabend, den 1. September, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: „Was! eines Vorstehenden, Bericht über die Lohnbewegung der Glaser.“ Der erste Punkt der Tagesordnung mußte bis zur nächsten Versammlung verschoben werden, weil von circa 180 Mitgliedern kaum 30 in der Versammlung anwesend waren. Es ist wirklich tief traurig mit der Interessenlosigkeit der hiesigen Kollegen, trotz des jetzt einigermaßen flotten Geschäftsganges fühlen sich die Kollegen nicht veranlaßt, die Versammlungen zu besuchen und mit zu berathen, wie Mißstände, wie solche fast in jeder Versammlung zu Tage treten, abzuschaffen sind; ja, dies wäre noch garnicht das Schlimmste, wollten doch die dem Verbande angehörigen Kollegen in den Werkstellen, wo sie arbeiten, wenigstens da den jüngeren zugereisten, mit den hiesigen Verhältnissen unbekanntes Kollegen mit einem guten Beispiel vorangehen; aber nein, sie sind es gerade, welche die seinerzeit den Meistern abgerungenen Lohn- und Arbeitsbedingungen bei jeder sich ihnen bietenden Gelegenheit mit den Füßen treten. Nun, Ihr Flensburger Kollegen, wo soll das hinjähren, wenn Ihr mit Eurer Schlafmüdigkeit so behilflich? Seht Ihr nicht, daß die Errungenschaften des seinerzeit siegreich geführten Streiks schon längst wieder zum Lupef sind? Schlägt Euch das Herz nicht angesichts solcher Mißstände? Fühlt Ihr Euch nicht schuldig, durch Eure Nachlässigkeit und Faulheit diese Mißstände hervorzurufen zu haben? Wollt Ihr zum Winter, wenn die schlechte Geschäftsperiode eintritt, wenn die Arbeitsgelegenheit sich vermindert und demzufolge das Angebot von Arbeitskräften sich vermehrt, Euch noch ganz zum Sklaven herabdrücken lassen? Nun gut, wenn Ihr das alles einseht, wenn Ihr Euch schuldig fühlt, dann ist es aber auch eines Jeden Pflicht und Schuldigkeit, die Schuld zu sühnen, das Versäumte wieder gut zu machen und zu den begangenen Fehlern nicht immer wieder neue hinzuzufügen. Nun, hoffentlich werden die sämigen Kollegen dies Bessere baldigt zur Wahrheit machen. In Nachstehendem wollen wir auch einen kurzen Bericht über den Stand der Lohnbewegung der Glaser geben. Die Gehältsstellen an die Glasermeister folgende Forderung: 1. Abschaffung von Kost und Logis beim Meister; 2. M. 18 Minimallohn bei zehnstündiger Arbeitszeit täglich (bis jetzt wurden M. 5—6 inkl. Kost und Logis und unbestimmter Arbeitszeit bezahlt); 3. 33 1/2 pSt. Anschlag für Sonntagsarbeit und Ueberarbeitszeit. Diese Forderung wurde von den Meistern bewilligt; jedoch als der Sonnabend kam, wurden alle Mann, bis auf zwei, gekündigt resp. entlassen. Diese Reaktionen der Herren Glasermeister zielen darauf hinaus, die jetzt hier beschäftigten Gehältsleute dadurch zu zwingen, den hiesigen Ort zu verlassen, um junge fremde mit den hiesigen Verhältnissen nicht vertraute Gehältsleute einzustellen, um mit denselben nach Belieben schalten und walten zu können. Deshalb ersuchen wir den Zugang von Glasern nach hier fernzuhalten.

NB. Die Kollegen werden ersucht, wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung der am 15. d. M. stattfindenden Mitgliederversammlung Alle anwesend zu sein. Tagesordnung: „S o r s t a n d s w a h l. Berathschlagung über die Abschaffung der den Verband schädigenden Mißstände.“ — Kollegen! Wir haben gerufen, möge Keiner beim Appell fehlen. Gegenüber der großen und hehren Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, laute unsere Parole: „Für Arbeit und Brot wollen wir stets sein ein einzig Volk von Brüdern.“

Dannover. In unserer am 25. August stattgefundenen Mitgliederversammlung sprach Genosse Reichstagsabgeordneter Heinrich Meister über: „Die Sozialdemokratie und ihre Stellung zur Gewerkschaftsbewegung.“ Redner führte aus: „Wenn man zurückblickt in die früheren Zeiten, so muß man sich sagen, daß die Arbeiter jetzt einen gewaltigen Trieb nach Wissen zeigten, früher hätten die Arbeiter blindlings vertraut. Seit 1848 sei dies vorbei. Die Bewegung von 1848 sei von dem Kleinbürgerthum provoziert und die Arbeiter seien diejenigen gewesen, welche für Andere die Kaskaden aus dem Feuer geholt

hätten. Erst, seitdem Daffale unter den Arbeitern aufgetreten und die Parole: „Seid einig“ unter ihnen Platz gegriffen habe, seien die Arbeiter endlich zum selbstständigen Denken gekommen. Der Anschluß an die politische Bewegung sei die nächste Folge gewesen. Die Sozialdemokratie sei diejenige Partei, welche durch das Gesetz Frieden in die Gesellschaft hineinbringen wolle und darauf hinarbeite, daß die kapitalistische Gesellschaft eine geordnete Arbeitszeit anerkennen solle. Es sei deshalb Aufgabe der Sozialdemokratie, Aufklärung in die Pöppe der Arbeitermassen zu bringen, um damit den Trieb nach Wissen immer weiter ausbilden zu können. Der Arbeiter müsse sich und seine Ansprüche, welche er an das Leben zu stellen berechtigt sei, erkennen und nicht an dem alten Sprüchwort hängen: „Weß Brot ich esse, deß Lied ich singe.“ Durch die vielen Kämpfe, welche die Sozialdemokratie durchgefochten, habe sie sich auch unter den Gegnern Respekt verschafft, denn es sei keine Partei vorhanden, welche nicht mit ihr rechte. Betrachte man sich indeß die Arbeitergesetzgebung näher, so könne man allerdings noch nicht von einer Sozialreform reden; aber die Sozialdemokratie werde es sich zur Aufgabe machen, alle Gesetze einer gründlichen Reform zu unterziehen, um die wirtschaftlichen Verhältnisse umzugestalten. Hierzu sei das Mitarbeiten aller aufgeklärten Arbeiter nöthig, sowohl der politischen, wie gewerkschaftlichen Organisationen. In Deutschland bestehe ja politische Freiheit, welche die Agitation begünstige, jedoch sei dieselbe von der wirtschaftlichen Lage abhängig. Die Rekruten zur politischen Partei auszubilden, dazu hätten die Gewerkschaften in erster Linie die Pflicht. Eine gut organisirte Gewerkschaft sei die beste Vorstufe für die politische Partei, und diese müssen wir haben, um unsere Gegner zur Ueberzeugung zu bringen. Vor einiger Zeit habe man noch geglaubt, daß die englischen Arbeiter sich in der Politik nicht zurechtfinden würden, die Erfahrung habe das Gegentheil bewiesen. Erst durch die englischen Gewerkschaften sei man zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Gewerkschaftsbewegung eine wirtschaftliche Nothwendigkeit sei und daß darum die politische mit der gewerkschaftlichen Bewegung im Einklang stehe. Wenn erst die Preis- und Versammlungsfreiheit vollständig sei, dann könne man erst sagen, daß die politische und gewerkschaftliche Bewegung ein und dasselbe seien. Kürzlich sei man noch darüber im Zweifel gewesen, ob ein Genosse, wenn er aus der politischen Organisation austrete und in die gewerkschaftliche Organisation übergehe, dann für die politische Bewegung verloren sei; dies sei jetzt nicht mehr der Fall, denn ein Genosse könne nicht verloren sein, wenn er sich gewerkschaftlich organisire. Eine kräftig organisirte Gewerkschaft könne auch eine gute politische Organisation sein.

Edagsen. Am Sonntag, den 26. August, fand hierseits eine Holzarbeiterversammlung statt, welche jedoch leider sehr schwach besetzt war. Kollege Schad vom Hildesheimer Agitationscomité war mit zwei anderen Kollegen erschienen. Ersterer hielt einen durchreisenden Vortrag über Bedeutung und Fortschritt der gewerkschaftlichen Organisation. Am Schluß ermählte der Redner zum einzigen Handel und zum Anschluß an den Verband. Sodann erfolgte nach einer lebhaften Diskussion Schluß der Versammlung.

Verleberg. Einen schönen Begriff von den hiesigen Verhältnissen werden die Wittenberger Kollegen, die uns hier am 19. August einen Besuch abstatteten, bekommen haben. Da uns ein Saal nicht zur Verfügung steht, begaben wir uns in das Lokal des Herrn Rind, um noch einige Stunden in aller Gemüthlichkeit zuzubringen. Doch da hatten wir die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Als wir eben im Begriffe waren, in der Musikhalle Platz zu nehmen, forderte uns derselbe zum Verlassen des Lokals auf mit den Worten: „In meinem Lokale werden keine sozialdemokratischen Versammlungen abgehalten; machen Sie sofort, daß Sie hinauskommen!“ Wir gingen ruhig hinaus (ja, 30 Personen), nur Kollege Br. . . wurde durch einen Freund noch einen Augenblick aufgehalten, und siehe da, über Br. . . entlud sich nun der ganze Karger über die vermaledeiten Sozialdemokraten. Die Worte: „Was, Sie sind auch noch Einer von der Sorte! Sind Sie noch nicht draußen? Bei mir dürfen nur anständige Personen verkehren!“ dröhnten ihm in die Ohren, indem er zur Thür hinaus geschoben wurde. Nun, wer der anständigste von zwei Personen ist, ob der, welcher einem sich überall ruhig und bei vernünftigen Menschen keinen Anstoß erregenden Mann die Thür weist oder derjenige, dem, weil er eben Einer von der Sorte ist, die Thür gewiesen wird, darüber mögen die Kollegen selbst entscheiden. Kollegen, Arbeiter Verlebergs! Es ist eine Schmach, welche uns durch diesen Austritt angethan ist. Vernt doch endlich Eure Lage einsehen, schließt Euch zusammen gegen den gemeinamen Feind Kapitalismus; denn seid Ihr durch das Vorgehen des Herrn Rind auch nicht direkt getroffen, so ist doch indirekt die ganze Arbeiterkraft beleidigt. Kein Einziger von Euch sollte bei dem betreffenden Wirth auch nur einen Sechser verzehren. Durch Eure Großen macht dieser Herr Geschäfte, und erlaubt sich Einer von Euch einmal, einen Freund mitzubringen, der vielleicht nicht die Gesinnung desselben hat, so werdet Ihr sammt Euren Freunden an die Luft gelegt.

Genßlin. Eine öffentliche Versammlung, die erste hierorts, fand am 19. August statt. Kollege Gärtner aus Magdeburg sprach über „Die Bedeutung des Streiks und seine Folgen.“ Redner schilderte in lebhafter Rede die Kämpfe der Arbeiter um das Koalitionsrecht, wie z. B. in England über die Arbeiter Freiheitsstrafen und Deportationen verhängt wurden, wenn sie für ihr gutes Recht eintraten; weiter führte der Redner aus, wenn die Arbeiter heute im Kampf für das Koalitionsrecht auch nicht deportirt würden, so sei Ausbungerung durch Ausperrung und schwarze Listen doch nichts Seltenes. Um diesem entgegenzutreten, sei es Pflicht eines jeden denkenden Arbeiters, sich zu organisiren, die lauen Elemente anzuklären und zur Organisation heranzuziehen. Redner ging dann zu dem Streik über und bewies an der Hand vieler Beispiele, wie häufig eine Parteiorganisation die oft unverschämten Forderungen der Kapitalisten zurückgewiesen, und ebenso durch geschlossenes Vorgehen bessere Lebensbedingungen, Lohn erhöhungen usw. erzielt habe. Redner warnte aber auch vor unüberlegtem Streik, da durch solche die Organisation geschädigt würde. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden und der Aufforderung, sich zu organisiren, schloß Redner seinen Vortrag. Lebhafter Beifall lohnte die Ausführungen. An der Diskussion theilnahmen sich mehrere Kollegen, auch die Genossen Jey (Buchdrucker), Rothe und Schilling (Handschuhmacher), und sprachen im Sinne des Referenten; in streifender Weise zeigten sie an ihrer eigenen Organisation, was durch Arbeiterorganisationen erreicht werden kann. Eine Resolution, welche sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt, und wonach sich die anwesenden Holzarbeiter verpflichten,

der Organisation beizutreten, soweit dasselbe noch nicht geschehen ist, wurde einstimmig angenommen. In seinem Schlusswort erwähnte Kollege Gärtner die Anwesenden, die Begeisterung für die gute Sache auch in der Agitation zu betheiligen, die gewonnenen guten Einträge festzuhalten und zu verbreiten. Jeder müsse für die gute, gerechte Sache, die wir vertreten, Agitator sein, Jeder müsse mithelfen an dem großen Befreiungswerke der Arbeit vom Joche des Kapitalismus. Ferner wurde noch darauf hingewiesen, daß es jedes Arbeiters Pflicht sein müsse, kein gehobkottetes Berliner Bier zu trinken. In nächster Zeit soll wiederum eine öffentliche Versammlung stattfinden.

Dobervan i. M. Wir theilen hierdurch allen Kollegen, die sich auf der Reise durch Mecklenburg befinden, mit, daß die hiesigen Kollegen beschlossen haben, jedem zugereisten Kollegen ein Lokalgeschenk zu verabfolgen. — Ferner geben wir bekannt, daß der Streik in Laage i. M. beendet ist. Die Kollegen, welche damals die Forderung einer nur zehnstündigen Arbeitszeit gestellt haben, sind sämmtlich abgereist und alle Plätze sind durch Andere besetzt, wodurch die verhängte Sperre gegenstandlos geworden ist.

Anklam i. Pom. In Nachfolgendem wollen wir versuchen, die Lage unserer Zählstelle und die Verhältnisse im Allgemeinen den Kollegen vor Augen zu führen. Trotz unermüdlicher Agitation gehören von den ca. 50 hierorts beschäftigten Holzarbeitern nur 20 dem Verbande an. Fragt man nun nach dem Fernbleiben der Uebrigen, so werden recht wunderliche Gründe dafür angegeben. Einem wird mit dem Gelde nicht sparsam genug gewirtschaftet, der Andere bleibt am Ort, beanprucht also keine Reiseunterstützung, und endlich der weitaus größte Theil fürchtet sich vor den Innungsmeistern. Nach all diesen Entschuldigungen müßten die Kollegen ja in einem Eldorado schwelgen; daß dem aber nicht so ist, beweist der Lohn, der hier gezahlt wird. Hat der Kollege Kost und Logis beim Meister, so zahlt Lehreter M. 3,50—6, ohne Kost und Logis M. 12, im günstigsten Falle M. 18. Der Durchschnittsverdienst bei Akkordarbeit beträgt M. 13. Auf diese niedrigen Lohnsätze thun sich die Meister noch was zu Gute und schimpfen dann noch über die Unverschämtheit der Kollegen, wenn dieselben für ihre 12, sogar 13stündige Arbeitszeit noch mehr verlangen. Ein eigenthümliches Böllchen, diese Innungsmeister! Warnten dieselben einen kürzlich „ausgeschriebenen“ Kollegen, in den Verband einzutreten. Uns dünkt, sie hätten Wichtigeres zu thun. Einer dieser Größen hat z. B. das Fach Fenster für sage und schreibe M. 8 gemacht, natürlich bei der größten Ausbeutung der Lehrlinge, denn dieser sind hier ja 50 beschäftigt. Anstatt nun einig zu sein und für die Arbeiter bestimmte Preise festzusetzen, fallen da 3, 4 und noch mehr dieser Herren über einen Bau her und suchen sich dann gegenseitig die Preise herunterzudrücken. In der Möbelbranche haben wir hier besonders mit dem nahegelegenen Laffan zu rechnen. Von dort kommen die Meister mit ganzen Fuhrn zu den hiesigen Magaziniern und verschleudern die miunter auch recht lustigen Möbel zu Spottpreisen. — Ein seines Mittel, um die Kollegen wieder mehr mit ihrem Innungsbrei in Verbindung zu bringen, geben die Herren Meister mit dem Plane um, eine Innungsrankenkasse zu gründen; jedoch dürfen dieser Kasse nur die bei Innungsmeistern arbeitenden Kollegen angehören. Viel Glück dazu, Ihr Herren! Die Hirsch-Dunder'schen, welche vor einiger Zeit auch angingen, sich zu regen, haben wohlweislich ihr manchesterliches Treiben wieder eingestellt, denn die hiesigen Arbeiter wollten von ihren vielberühmten Präherren nichts wissen. Kollegen Anklams, die Ihr noch nicht dem Verbande angehört, laßt Eure Borkurtheile fallen. Rag Dieser oder Jener von uns nicht Euer Freund sein, so ehrt den Verband und laßt die persönlichen Borkurtheile fallen. Laßt Euch nicht als Spielball des Kapitals betrachten, sondern tretet ein in die Reihen Eurer kämpfenden Kollegen; denn vereinzelt sind wir Nichts, vereint Alles! Auch möchten wir noch an dieser Stelle um recht regen Versammlungsbesuch bitten.

Wilsdruff. Wie den Kollegen bekannt sein wird, gründeten wir im März dieses Jahres eine Zählstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Unser Mehrzahlort war im Restaurant „Zur Lohhalle“; doch wir mußten denselben bald wieder den Rücken kehren, da der Wirth das von den Dresdener Arbeitern boykottirte Waldschloßchenbier führte, trotzdem er uns versicherte, dasselbe abbestellt zu haben. Nun machte der Wirth uns die größten Schwierigkeiten, ein Lokal zu bekommen. Der Redakteur des hiesigen Zurschlägchens ging mit ihm Hand in Hand und schimpfte wie ein Rehrling auf den Terrorismus der Sozialdemokraten und Bierichnüssler. Wenn auch unsere Gegner alle Hebel in Bewegung setzten, gelang es uns doch, den Wirth des Schützenhauses zu bewegen, uns seine Lokalitäten zur Verfügung zu stellen. Trotz allem Appell an die Spießbürger und gutgegunnten Arbeiter, sieht sich der betreffende Wirth dennoch genöthigt, einen christlichen Jugendbund in's Leben zu rufen, der ihm sein saures Bier ausirinkt. Im Uebrigen herrschen bei uns rosigte Zustände; die elfstündige Arbeitszeit ist überall maßgebend, bei einem Durchschnittsverdienst von M. 10—14 die Woche; bei solchen Löhnen läßt sich ein nobles Leben führen. Trotzdem meinte der Fabrikbesitzer E. Klemm, daß die Löhne noch viel zu hoch seien, denn als er einen Buchhalter einstellte, wurden die Löhne reduziert, wahrscheinlich um mit dem abgezuckten Arbeiterlohn den Buchhalter bezahlen zu können. Dieser Herr, Herr E. Klemm nämlich, seitdem er Fabrikbesitzer ist, sitzt auf dem großen Pferde und denkt nicht mehr daran, wie er als Geselle nicht genug verdienen konnte. Es giebt z. B. in der Fabrik für einen altdentschen Schranz M. 4,85, für sechs Kommoden M. 13,50, für sechs zweistündige geschweifte Schränke M. 17, für sechs Nachtschränke M. 9. Die Kollegen müßten sich die Lohnreduktion ruhig gefallen lassen, weil in der Fabrik von 30 Kollegen nur fünf dem Verbande angehören, namentlich sind es die Verheiratheten, welche sich durch nichts bewegen lassen, dem Verbande beizutreten, um ihre Lage zu verbessern; von circa 150 Holzarbeitern gehören nur 40 dem Verbande an. Kollegen, laßt Eure Schuldigkeit, scheut sich Niemand, immer wieder bei jeder sich darbietenden Gelegenheit einige Worte an die indifferenten Kollegen zu richten, nur durch festes Zusammenhalten ist es möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen; doch die Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, recht väkntlich und fleißig unsere Zählstelle zu besuchen und für Gewinnung neuer Mitglieder für den Verband zu agitiren.

Nürnberg. Die in letzter Hürten- und Finckelwäcker-Versammlung gewählte Kommission (siehe vorige Nummer) hat an den Stadtmagistrat Nürnberg folgende Eingabe gerichtet: „In der am 11. August d. J. im Saale des Consummagazins von circa 250 Arbeitern und Arbeiterinnen der Hürten- und Finckel-Industrie besuchten öffentlichen Versammlung wurden die

Unterzeichneten in eine Kommission mit der Aufgabe gewählt, diejenigen Mittel und Wege aufzusuchen, die geeignet erscheinen, Erkrankungen event. Todesfälle durch Milzbrandvergiftung zu verhüten. Neuzulichen Gutachten zufolge kann durch Desinfektion der Holzprodukte der die Krankheit erzeugende Milzbrandbazillus getötet werden. In der Erwägung, daß die Erkrankung nicht nur hier am Orte, sondern auch anderwärts schon vorgekommen, kann dieser Seuche nur durch Erlaß eines diesbezüglichen Reichsgesetzes gesteuert werden. Bis jedoch der deutsche Reichstag ein derartiges Gesetz zur Beratung bringt, erachtet es die Kommission als eine unbedingte Nothwendigkeit, den Stadtmagistrat, als Sanitätsbehörde, zu veranlassen: 1. durch ordnungspolizeiliche Vorschriften die Desinfizierung der Holzmaterialien zu bewerkstelligen; bei kompetenter Stelle zu veranlassen, daß eine derartige Vorschrift Reichsgesetz werde. Wir sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß dies, ein das Leben und die Gesundheit weit förderndes Werk, als ein Zeichen der Nothwendigkeit zu erachten ist und bitten, diese wichtige Angelegenheit sobald wie möglich in Beratung zu ziehen. Die Kommission, welche gerne mit praktischen Vorschlägen aufzuwarten bereit ist, wünscht, bei der Ausarbeitung mitzuwirken, eventuell gehört zu werden. Die Unterzeichneten bitten noch, den Bescheid, den sie in möglichster Höhe erwarten, an Mitunterzeichneten R. Dorn, Wendlerstraße 3, richten lassen zu wollen. Gehörigst J. Dorn, W. Schmidt, F. Holzinger, Fr. Weinberger, E. Gubisch. Der Magistrat hat in seiner am 24. August stattgehabten Sitzung die Eingabe, bezugl. das Vorgehen als vollberechtigt anerkannt und wird demnach eine Kommission, bestehend aus sämtlichen Pönsel-Schlichtern und den fünf gewählten Arbeitern, darüber beraten. Wollen man auch in anderen Orten der Industrie das Gleiche thun.

Dorn a. Rh. Am 28. August hielten wir hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung ab, in der Genosse Hofrichter, der Referat übernommen hatte. Redner sprach in längeren Ausführungen über den gegenwärtigen Stand der Gewerkschaftsbewegung, mit besonderer Berücksichtigung der Bewegung der Holzarbeiter, dabei hervorhebend, daß die in einigen Gegenden sich zeigende Santheit in den natürlichen Ursachen zu suchen sei, weil eben unter den Arbeitern, mit Ausnahme einiger, sich noch zu viele „Augenblicksarbeiter“ befinden, die nur auf den Augenblick bedacht sind, dieser sei aber unter der gegenwärtigen Geschäftsverhältnisse nicht zu verzeichnen. Redner geht dann noch auf die Entziehung des Handwerks, sowie des Gesellenstandes ein und wie mit der fortschreitenden Entwicklung des Handwerks das Meisterwerden immer schwieriger, ja zur Unmöglichkeit gemacht wurde. In gleicher Zeit suchten man aber auch die Großindustrie in den größeren Geschäftsbetrieben die Produktion, die sich nach und nach, begünstigt durch die großen Erfindungen der damaligen Zeit, zur Großproduktion emporhebt, selbst in die Hand zu nehmen, und da sie Holzprodukte, Maschinen, Werkstätten und dergleichen herstellte, wurde ihnen dies auch von keiner Seite erschwert, umsoweniger, als sich der Staat noch in's Mittel legte und namhafte Summen an die einzelnen industriellen Unternehmen spendete. Redner beweist dann, daß die noch in einzelnen Gegenden Deutschlands in Blüthe stehende Handwerksindustrie die Gründung von Organisationen zur Unmöglichkeit mache. In England habe sich dieser Entwicklungsprozeß schon lange vollzogen und dieser Thatsache haben auch die englischen Trades-Unions ihre Macht zu verdanken. Dann widerlegte Redner noch den Einwand anderer, daß die politische Bewegung der gewerkschaftlichen Feindschaft gegenüberstehe; dies sei wohl in früherer Zeit, namentlich zur Zeit des Allgemeinen Arbeitervereins, der Fall gewesen, sei aber bald darauf geschehen. Die Gewerkschaften würden dann, als sie im Aufblühen begriffen gewesen, das zu den höchsten Hoffnungen berechtigende, mit welcher Hand durch das Sozialistengesetz zum größten Theile zerstört worden. Mit dem Aufstehen dieser zerstückelten Organisationen ging es nur langsam vorwärts, weil eben zu jeder Zeit dieser oder jener berüchtigte Paragraph wieder zu sprechen kam. Redner weist dann kritisch den Aufschwung der Gewerkschaftsorganisationen nach, dabei jedoch hervorhebend, daß mit der zunehmenden Konzentration des Kapitals auch die Ansprüche an den zu führenden Kampf wuchsen, der sich vom Jahre 1877 bis jetzt gerade verdoppelt habe. Heigte dann noch, daß gerade in denjenigen Bezirken, wo die Maschinen noch nicht vorherrschend seien, die Löhne noch am besten (?) seien und forderte zum Schluß alle Holzarbeiter auf, dieses mehr denn je in's Auge zu fassen, da dieses bei den Holzarbeitern im Norden und Süden noch nicht der Fall sei, energisch für die Verbesserung letzter Lage einzutreten, ehe die nächste Gefahr in unserer Branche vorübergehend sei. Redner schloß seine Rede mit dem Hinweis für seine vorerwähnten Ausführungen. Mögen man aber auch alle aus noch fernstehenden diesen Appell nicht ungehört vorbeiziehen lassen und mit uns einziehen in die Reihen des kämpfenden Proletariats; wir haben von der heutigen Gesellschaft gewöhnlich nichts zu erwarten, wir müssen es uns erlauben, und deshalb vorwärts zu weiteren Kämpfen.

NB. Gleichzeitig warnen wir alle Vorstandsmitglieder vor der Firma L. Förster, Eichen in Belgien, da dieselbe namentlich in Deutschland sehr hier am Rhein Arbeiter sucht, dieselben jedoch, wenn sich ihre Zugehörigkeit zur Organisation herausstellt, sofort wieder gemahnt werden. Also aufgepaßt!

Conrad. Es ist ja eine schon bekannte Thatsache, daß, wo alle Welt, d. h. die Gegner der Arbeiterfrage, in Sozialismus wachen, oder, wie Schiller in „Die Räuber“ sagt: „Wo Alles leidet, kann Keiner allein nicht leiden.“ da werden wir auch die Pfaffen nicht unthätig finden. Wenn sich die protestantischen und katholischen Prediger des Christenthums (siehe Höber, Kautmann, Oberhäuser, Kettler) eifrig für praktische Sozialisten in's Mittel legen und wenigstens für Anerkennung der Arbeiterfrage und Aufhebung der unglücklichen Einkommensunterschiede der Arbeiter einsetzen, so kann man das leider von den katholischen Priestern hier am Orte nicht sagen. Das Einzige, was sie außer dem Schimpfen auf die göttlichen, unglücklichen Arbeiter, sonst zur Hebung der unglücklichen Lebensverhältnisse vernehmen kann, oder richtiger, wenigstens thun können, wäre die Vermittelung zur Herbeiführung menschenwürdiger Zustände in einzelnen Fabriken zwischen deren Besitzern und den Arbeitern. Das heißt das nicht einmal geschieht, abgesehen von der Frage, warum die kirchlichen Gewerkschaften, auf die Harmonie, wie schon es ist, menschenwürdiger und Arbeiterfragen so bedächtig bei einander stehen, in der gegenwärtigen Situation hungert man, bewacht man in unserem Orte, wo die Pfaffen fast die erste Reihe spielen, die Hölle der unglücklichen Zustände in einzelnen Fabriken und Werkstätten. Wie sagen damit nicht, daß die Prediger der Harmonie und Nächstenliebe in der Lage wären, dieselben zu beheben.

aber wir beklagen es, daß die Herren, wenn die Arbeiter sich ermannen, solchen Uebelständen abzuwehren, sich durch ihre Organisation ein besseres Erdenbasen verschaffen wollen, uns auf das glückliche Jenseits verweisen, oder, wenn der Eine oder Andere ungläubig darüber lächeln sollte, zur ewigen Verbannung verurtheilt. Doch auch über diese weiß ich schon ein sehr großer Theil der Arbeiter am Orte hinwegzutreiben. Sie haben an ihren Vorbildern, den feisten Predigern der Enthaltensamkeit, schon seit lange bemerkt, daß ihnen die Seligkeit auf Erden mindestens ebenso viel werth ist als wie die in Wolkenhimmel, und sie, die Arbeiter, werden sich in diesem Punkte bei im Bolle sprichwörtlich gewordenen „Nicht Euch nicht nach meinen Thaten, sondern nach meinen Worten“ in ihren Bestrebungen um bessere Lohn- und Ernährungsbedingungen am Orte recht oft erinnern; daß dürfen die Prediger der christlichen Enthaltensamkeit versichert sein. Wie sehr die Löhne am Orte zur strengen Durchführung eines der katholischen Grundsätze, genannt „Fakten“, geeignet sind, beweist uns die Lohnskala, welche von den Herren Zimmer u. Sohn für ihre Arbeiter festgelegt ist. Bei dieser Firma wird meistens in Afford gearbeitet und beträgt der horrende Verdienst bei angestrengter Thätigkeit M. 2,60, höchstens M. 2,80 pro Tag, es ist aber auch schon vorgekommen, daß einige Arbeiter nur M. 1,70 verdienten und zwar bei einem jogen. Viter-Afford. Was Allen die Krone aufsetzt, ist, daß jeder Arbeiter pro Woche für Abnutzung des Werkzeuges 15 % bezahlen muß, dafür aber auch Werkzeug Nummer 6 in's erhält. Die Härtenmacher sind hier auch nicht auf Rosen gebettet. Am schlechtesten sind aber die Stellmacher gestellt. Kollegen! In Anbetracht dieser traurigen Verhältnisse fordern wir Euch, die in der Holzbranche beschäftigten Arbeiter, auf, sich uns, dem Holzarbeiterverbande, anzuschließen. Verlaßt Euch weder auf Versprechungen noch Verheißungen derer, die noch nie ein gefühlvolles Herz und den redlichen Willen, etwas für uns zu thun, gehabt haben. Auf uns selbst, auf unsere eigene Kraft, sind wir angewiesen, wenn wir bessere Zustände für uns und unsere Familien erzielen wollen. Darum auf, Kollegen, besucht unsere Versammlungen, schließt Euch dem Verbande an, und gemeinsam wollen wir, Schulter an Schulter, den Kampf für ein menschenwürdiges Dasein aufnehmen.

Gingeländt.

Agitationskommission für Württemberg.
 Seit der letzten Quittung (Nr. 25 d. Bl.) sind folgende Beiträge bei der Agitationskommission eingegangen: Zahlstelle Stuttgart M. 30, Reichenbach — 20, Kirchheim 2, Schramberg 6, Rentlingen 6, Steinheim 6,30, Heilbronn 10, Juffenhausen 5, Summa M. 65,50, bereits quittirt 43,23, zusammen 108,73.

Nachdem die Konferenz am 26. März d. J. uns mit der Leitung der Agitation in Württemberg betraute, haben bisher 14 von uns arrangirte Agitationsveranstaltungen stattgefunden, und zwar in: Heidenheim, Aalen, Steinheim a. M., Oberndorf, Friedrichshafen, Tübingen, Rentlingen, Reichenbach a. F., Göppingen, Ulm, Gaisburg, Eßlingen, Ebingen und Gmünd. Davon sind in Heidenheim, Aalen, Steinheim, Friedrichshafen, Reichenbach, Gaisburg und Ebingen infolge der Versammlung neue Zahlstellen des Verbandes errichtet, während in Gmünd vorläufig nur mehrere Einzelmittglieder gewonnen wurden.

Diesen kurzen Abriss aus unserer bisherigen Thätigkeit geben wir hiermit aus dem Grunde bekannt, um allen Kollegen zu zeigen, daß, wenn der gute Wille vorhanden, auf dem Gebiete der Agitation für den Verband noch ohne außerordentliche Schwierigkeiten ganz gute Erfolge zu erzielen sind. Die württembergischen Kollegen mögen sich das bisherige Resultat unserer Agitation als Ansporn dienen lassen, uns auch weiterhin mit allen Kräften energisch zu unterstützen, sei es durch Einberufung von Versammlungen an Nichtverbandsorten, oder auch nur durch Mittheilung besonderer Adressen von Kollegen an solchen Orten, damit wir uns direkt mit diesen in Verbindung setzen können.

Besonders richten wir diese Aufforderung auch an die Einzelmittglieder, die an den verschiedenen Orten zerstreut sind anhalten und aus diesem Grunde mehr als jeder Andere die Möglichkeit haben, ungenügend für die Ausbreitung des Verbandes thätig zu sein.

Bei allen Angelegenheiten, die Agitation betreffend, wolle man sich rechtzeitig an die Agitationskommission wenden, welche stets bereit sein wird, in gegebenen Fällen nach Kräften hilfreiche Hand zu bieten. — Agitationsmaterial (Flugblätter, Zeitungen u.) und Versammlungs-Plakate sind durch Unterzeichneten gratis zu beziehen.
 J. A.: Th. Leipart, Stuttgart, Böbingerstr. 127.

Agitationskommission der Provinz Schleswig-Holstein.

Laut Beschluß der Konferenz in Remmüßer hat obige Kommission für eine Agitationstour in der Provinz Sorge zu tragen. Dieser Versuch wurde unterseits gemacht und die Tour zum 27. August angelegt. Die Antwort auf unsere diesbezüglichen Zirkulare lief, von einigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, meistens bis spät ein, so daß, sollte die Tour eine zusammenhängende bleiben, wir uns gezwungen sahen, den Termin zu verschieben. Dadurch konnten leider einige Orte die Versammlung zu dem nunmehr festgesetzten Termin nicht einrichten, wozu uns auf dieselbe vorläufig verzichtet. Nach Zusammen-treffen dieser Umstände hielten wir es für das Beste, die Tour nicht erst anzufangen, sondern was vorher nochmals an die Kollegen zu wenden.

Kollegen! Soll die Kommission etwas Positives schaffen, so ist es Eure Pflicht, die Kommission in jeder Beziehung zu unterstützen. Abgesehen von der materiellen Seite, haben die Kollegen die Gewogenheit an sich, das Beantworten von Briefen u. dergl. darauf die lange Hand zu schieben, daß, falls man sie überhaupt beantwortet, dieselbe gar keinen Zweck mehr hat. Und gerade bei solchen Leuten kommt es ganz besonders auf ein gutes Handhand-Arbeiten an. Behält man aber den alten Scheldrian bei, dann wird das Wirken einer Agitationskommission wesentlich beeinträchtigt.

Demnach richten wir an dieser Stelle die Bitte an alle Kollegen, das Zustandekommen einer Agitationstour, die nunmehr am 1. Oktober beginnt, zu fördern, und unsere Zirkulare vom 2. September unbedingt bis zum 18. September zu beantworten. Später ankommende Nachrichten werden nicht berücksichtigt.

Quittung. Es haben eingekandt: Remmüßer M. 10, Guts 5, Hainberg 3, Rülke 5, Segeberg 6, Uetersen 8.
 J. A.: Aug. Friedler, Kiel, Annenstr. 70a.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Achtung, Schiffszimmerer!
 Wegen Lohnrückläufe haben am 20. August die Schiffszimmerer auf der Demm'schen Werft in Boizenburg am 25. August die von der Niemand'schen Werft kämmlig die Arbeit niedergelegt. Zugug ist fernzuziehen. Die Adresse des Vertrauensmannes ist: J. Mahnte, Gartenstraße in Boizenburg a. E.
 NB. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Der Oldenburger Glasarbeiterstreik dauert unerbittlich fort. Die Verhandlungen zwischen der Direktion und den Streikenden sind resultatlos verlaufen. Der Direktor Schulze hat die Arbeiter in eadem Probenhochmuth abgewiesen, ohne auch nur das geringste Zugeständniß zu machen. Er redete die Arbeiter mit „Jhr“ an; „Jhr wollt wohl auch noch Bedingungen stellen?“ Die Arbeiter brachen natürlich unter solchen Umständen die Verhandlungen ab. Die nachfolgende Versammlung gab die richtige Antwort, sie beschloß: auszuharren bis zum Siege. Jhr aber, Genossen in Stadt und Land, verdoppelt Eure Unterstützung, um den Glasarbeitern zum Siege zu verhelfen! Sie haben sich bisher alle Entbehrungen auferlegt und werden sie auch ferner tragen, um den einzig dastehenden Unternehmehochmuth des Herrn Direktor Schulze zu brechen. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die Nürnberger Arbeiterschaft hat nun, nachdem die Verhandlungen mit dem Magistrat nicht zu dem gewünschten Resultat geführt haben, beschlossen, aus eigenen Mitteln ein Arbeitersekretariat zu errichten. Die Vorarbeiten sind, der „Frankl. Tagespost“ zufolge, schon soweit gediehen, daß die f. B. gewählte Kommission demnachst einer öffentlichen Versammlung Bericht erstatten wird. Alle Schwierigkeiten, sowohl was den Kostenpunkt, als auch was die Personenfrage anlangt, sind überwunden.

Der siebente dänische Tischlerkongress hat vor Kurzem in Kopenhagen stattgefunden. Anwesend waren 45 Delegirte. Der letzte Kongress, 1892, hatte die allgemeine Einführung eines Minimalstundenlohnes von 80 Derc (36 %) als Aufgabe des Vereins bezeugnet. Diesem Beschluß ist nach Möglichkeit Folge gegeben. In 24 Städten haben Lohnbewegungen stattgefunden. In den meisten sind Lohnaufbesserungen erreicht. Die Zuerkennung eines Minimalstundenlohnes von 80 Derc ist in sechs Orten erlangt, an anderen hat man sich mit Preistabellen begnügen müssen. In Odense hat man durch einen zweimonatlichen Streik die Forderung durchgesetzt. In drei Orten liegt noch jezt Lohnstreitigkeiten vor, in denen die Arbeiter vorausichtlich den Sieg davontragen werden. Hinsichtlich der Agitation ist die Bildung von 15 neuen Verbänden zu verzeichnen. Der Verein zählt jezt sechs Kopenhagener und 35 Provinzverbände mit etwas über 2200 Mitgliedern. An Streikunterstützungen sind im letzten Jahre bezahlt 7322 Kr. 66 Derc (über M. 8000). Auch in dem Streik der Schiffs- und Geländertischler wurden Zugeständnisse erreicht. Es wurden dann nach stattgefundener Debatte einige Resolutionen angenommen, daß kein Tischler in Kopenhagen oder in einer anderen Stadt Arbeit suchen soll, ohne sich beim Fachvereinsverbände über die lokalen Lohnverhältnisse orientirt zu haben und daß man auch fernerhin für die Erreichung eines garantierten Minimallohnes von 80 Derc pro Stunde und eine Arbeitszeit von höchstens 10 Stunden eintreten will. Ferner spricht sich der Kongress für die Ablösung der Affordarbeit durch die Stundenbezahlung, aber gegen die von den Meistern gewünschten Arbeitszeiten aus. Es sei die Pflicht jedes Verbandsmitgliedes, seinen Arbeitschein anzunehmen, noch denselben vorzuweisen, wenn man Arbeit sucht. An weiteren Resolutionen wurden angenommen: eine, welche die Reiseunterstützung für Gesellen auf 1/2 Kr. pro Tag festsetzt, ferner eine dahingehend, daß der Verein mit aller Kraft für die Durchführung des Achtstundens-Arbeitstages agitive, um diese Frage auf dem Wege der Gesetzgebung zu lösen, im Uebrigen die Sozialdemokratie zu unterstützen hat. Ferner soll mit den Verbänden der Zimmerleute eine Vereinbarung darüber getroffen werden, was Jrrerer und was Tischlerarbeiten sind, und im Uebrigen die beiden Organisationen in der Lohnbewegung gemeinsam handeln müssen. — Der nächste Kongress wird 1896 in Kopenhagen abgehalten.

Der Bergarbeiterausstand in Schottland ist beendet. Eine Versammlung der Bergarbeiter beschloß mit 25417 gegen 20972 Stimmen, die Arbeit bei einer Lohnherabsetzung von 6 Pence wieder aufzunehmen.

Geriichts-Chronik.

Ein Erpressungs- oder richtiger Tendenzprozeß kam am 22. August in Dresden zur Entscheidung. Schon seit langer Zeit war man gespannt auf den Ausgang desselben, denn vor sieben Wochen schon sollte die Verhandlung stattfinden, wurde aber wegen Erkrankung, wie man sagte, eines Belastungszeugen, Rechtsanwalts Gerlach, um vier Wochen hinausgeschoben. Der schwerranke Genosse Eichhorn hatte deshalb auf fernere 4 Wochen in Untersuchungshaft zu verbleiben. Bekanntlich handelt es sich um „Erpressung“, die die beiden Genossen Eichhorn und Hindrichsen sich durch Verhängung des Boykotts über die Badisch-Breunerei sollten zu Säulden haben kommen lassen. Sie sind gerichtet, denn das unethische Vorgehen der allmächtigen schicksaligen Polizei ist verurtheilt worden, indem die beiden obigen Genossen freigesprochen wurden. Aber da drängt sich uns die Frage auf, wie konnten es Staatsanwalt und Richter, abgesehen von der Wichtigkeit und der formellen Korrektheit ihres Verfahrens bezüglich der langen Untersuchungshaft, ohne daß bei den Jubastirten ein Nachversuch vorlag, u u r a i s K e n s e n, als schändliche Menschen über sich geminnen, einen schwerlungentränen Mann wie Eichhorn 2 1/2 Monate im Gefängniß sitzen zu lassen. War denn das Verbrechen ein wirklich so schweres, daß jede Forderung und Erleichterung des Boykotts Eichhorn's sich mit den staatsanwaltschaftlichen Pflichten und Ansichten in Widerspruch setzte? Keineswegs! Aber wie es and scheint, lag es dem Staatsanwalt daran, zuerst zu machen, etwas zu frustriren, was bisher in dem Boykott-Prozeßgebiete noch nicht vorhanden war; und deshalb durfte nicht geschehen, was die „Großartigkeit“ des bevorstehenden „Weltprozesses“ auch nur um ein Jota herabträchtigt hätte. Das „Hamburger Echo“ schreibt, nachdem es auf die Rechtsbedürftigkeit der einschlägigen

strafprozessualen Bestimmungen hingewiesen, bezugnehmend auf obigen Prozeß wirklich: „Erschwerend endlich kommt hinzu, daß es sich hier um eine ganz neue, noch nicht dagewesene Auslegung und Anwendung des Expressionsparagraphe gehandelt hat. Wir bestreiten garnicht, daß die Staatsanwaltschaft ihre Auffassung für richtig hielt; aber wie schlimm ist es mit der persönlichen Sicherheit des Staatsbürgers bestellt, wenn Jeder gewärtig sein muß, Monate lang hinter schwebischen Gardinen zu sitzen, falls ein Staatsanwalt plötzlich auf den Einfall kommt, irgend einen Paragraphen des Strafgesetzbuches auf eine bis dahin allgemein als straflos und erlaubt gehaltene Thathandlung anzuwenden zu können? Ist es schon bedenkl. genug, daß das subjektive Urtheil der Anklagebehörde unschuldige Monate lang ihrer Freiheit entziehen darf, um wie viel mehr, wo es sich, wie im vorliegenden Fall, um eine ganz nagelneue kriminelle Interpretation handelt, die, würde sie anerkannt worden sein, der Schaffung eines neuen Gesetzesparagraphe gleichkommen würde.“ Dem haben wir nichts hinzuzufügen. — In Bezug auf den Boykott selbst ist zu erwähnen, daß die Dresdener Genossen nach dem „Sensationsprozesse“ mit aller und erreuter Kraft den Boykott gegen das Waldschloßbier wieder aufnehmen. Die „Sächs. Arb.-Ztg.“ fordert die Arbeiterschaft Dresdens auf, keinen Tropfen Bier aus obiger Brauerei zu trinken, wohl wissend, daß sie mit dieser Aufforderung dasselbe „Verbrechen“ begeht, für das der Genosse Gradnauer 6 Wochen verbüßen soll. „Wir scheuen nicht Geld und Gefängnisstrafen, wir folgen lediglich der Stimme unseres Gewissens, unserer Rechtsüberzeugung, wenn wir die Arbeiter auffordern, uns hierbei mit größter Energie zur Seite zu stehen.“ Daß dies geschieht, darüber dürfte die „Sächs. Arb.-Ztg.“ die Gewißheit haben; denn die Arbeiter Sachsens haben trotz Polizeihäuten und Gerichtsurtheilen noch nie den Kopf verloren, sie lassen sich durch Machinationen nicht einschüchtern, sondern werden trotzdem und alledem den Kampf gegen ihre Feinde aufnehmen, und auch siegen.

Verbreitung eines Flugblattes unter Berufskollegen in einer Versammlung mittelst dessen zum Boykott der bekannten Firma Konrad Tac im Burg aufgefördert war, sollte grober Unfug sein. Das Schöffengericht in Leipzig sprach den Verbreiter frei, weil es zu der Ueberzeugung gelangte, daß jene Versammlung an dem betreffenden Flugblatt kein Vergerniß genommen hatte. — Sonst muß in der Regel der Polizeibeamte aus Mangel an anderen Beuten das unglückselige „Vergerniß“ nehmen. Diesen einzig vernünftigen Standpunkt, wie oben, sollte das Gericht immer einnehmen.

Einem Lehrling, der heute ausgelernt hat, d. h. sein Lehrvertrag abgelaufen ist, ist vom darauf folgenden Tage, wenn er bei seinem bisherigen Lehrmeister in Arbeit bleibt, ein angemessener Lohn zu zahlen, nicht aber erst von dem Tage der sogenannten „Aus-schreibung“ an. Kompensationsansprüche von Lehrmeistern auf Entschädigung für Kost und Logis für die Zeit, in welcher ein Lehrling das Gesellenstück für sich, nicht für den Lehrmeister anfertigt, sind zurückzuweisen. So entschied das Gewerbegericht Berlin, Kammer I.

Den ortsüblichen Wochenlohn legt die Kammer I in Berlin ihren Entscheidungen in solchen Fällen zu Grunde, in denen auf dem Wege der Klage mehr Lohn verlangt wird, als die betreffenden Kläger am ersten Lohnzahlungstermin erhielten, ohne daß sie mit dem Arbeitgeber bezüglich der Bezahlung ihrer Arbeitskraft (mit anderen Worten: bezüglich der Entlohnung) etwas vereinbart hätten. Selbstverständlich haben die fraglichen Urtheile zur Voraussetzung, daß die Kläger am ersten Lohnzahlungstermin nach dem Engagement gegen den ihnen willfürlich gezahlten Lohn als zu niedrig protestirten und nicht weiter arbeiteten. Letzteres wäre ein stillschweigendes Einverständnis mit dem aufgeborgenen Lohnsatz.

Berspricht ein Arbeitgeber einem Arbeitnehmer Arbeit, so ist er zur Entschädigung verpflichtet, wenn er sein Versprechen nicht hält. Dem Heimarbeiter Alhof hatte der Schuhmachermeister Jiffert die Anfertigung von einem Paar Herrenstiefeln versprochen, sein Versprechen aber nicht gehalten. Alhof überließ dem Gericht das Ansehen der Entschädigung, die mit Bezug auf § 48 des Statuts auf M. 4 bestimmt wird. So beschloß das Gewerbegericht in Frankfurt a. M.

Daß den Arbeitern bei der Entlassung die Papiere sogleich ausgehändigt werden müssen, entschied auch Kammer V, Berlin. Zwei Arbeiter klagten auf Entschädigung von M. 74,80, bezw. M. 48, weil drei, bezw. zwei Wochen „hingezo-gen“ seien. Wegen einer Betriebsstörung hätten sie aussetzen müssen, trotzdem ihnen Weiterbeschäftigung versprochen sei, habe man sie nicht wieder eingestellt. Das Gericht stellt nach Zeugenvernehmungen fest, daß mehrere Arbeiter am selben Tage entlassen wurden, auch gleich die Papiere erhielten; da das Letztere bei den Klägern nicht der Fall sei, müsse angenommen werden, daß sie nur hätten „aussetzen“ sollen. Wollte der Beklagte sie entlassen wissen, mußte er ihnen ebenfalls sofort die Papiere ausgehändigen. Da dies nicht geschah, erfolgte die Verurtheilung.

Amputation eines Fingergliedes aus Uebermuth? Dem Tischler Sch. wurde am 28. Mai das erste Glied des linken Fingers der linken Hand durch eine Maschine abgerissen. Er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben und erhielt auf Grund der ihm kraft Gesetzes abgenommenen Krankenkassenbeiträge von der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für die vereinigte Gewerbebetriebe Charlottenburgs ärztliche Behandlung und eine sehr geringfügige Krankenunterstützung. Vom 18. Juli ab stellte der Kassenarzt die Behandlung ein, auch die norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft sorgte für ärztliche Pflege nicht. Der erkrankte Arbeiter begab sich hilflos in die chirurgische Abtheilung der königlichen Klinik. Hier wurde ihm mitgeteilt, daß eine Amputation eines ferneren Fingergliedes dringend notwendig sei, um die Schmerzen zu beseitigen und die Erwerbsfähigkeit zu erhöhen. Sch. unterwarf sich der Amputation und wurde vom 20. Juli bis 16. August in der Klinik ärztlich erfolgreich behandelt. Die Rothwendigkeit der Amputation ist durch Urtheile mehrerer Aerzte, u. A. selbst des Kassenarztes, bescheinigt. Die Charlottenburger Orts-Krankenkasse wies den kassamäßig und gesetzlich vollberechtigten Anspruch des Sch. auf Zahlung des Krankengeldes trotzdem mit folgender Begründung ab: Weder der Kassenarzt, noch die Holz-Berufsgenossenschaft hätten die Amputation angeordnet. Trotzdem sei Sch. aber zu einem anderen Arzt (Wuigl Klinik) gegangen, habe sich den Finger weiter amputieren lassen und sei dadurch vollständig wieder arbeitsfähig geworden. Der § 17 des Kassenstatuts besage, „Mitgliedern, welche sich eine Krankheit vorzüglich zugezogen haben, wird ein Krankengeld nicht gewährt.“ mithin sei dem Sch. Krankengeld nicht zu gewähren.“ (11) Dieser Bescheid wird

selbstverständlich Sch. mit Erfolg anfechten. Die Thatsache, daß eine Ortskasse einem Arbeiter, der den Rath einiger Aerzte, einen Fingerstumpf amputiren zu lassen, befolgt, zu schreiben magt: er habe vorzüglich sich eine Krankheit zugezogen, der Umstand ferner, daß ein Kassenvorstand einem Arbeiter das Recht abtreitet, die zu seiner Gesundung und zur Erhöhung seiner Arbeitsfähigkeit notwendigen Schritte zu thun, sind leider nicht vereinzelt dastehende Erscheinungen. Hunderte von Klagen über die Entschiede von Orts-Krankenkassen zeigen, daß viele Kassenvorstände zu glauben scheinen, die Kassen seien der Kassenbeamten und nicht der Kranken wegen da. Der Schematismus und Bureaokratismus, der Hang, zu Ungunsten des Arbeiters zu knapsen und zu sparen, ist bei sehr vielen Orts-Krankenkassen wahrnehmbar. Abhilfe hiergegen kann nur dadurch werden, daß die Kassenmitglieder von dem witzigen Recht, General-Versammlungen zu besuchen und in ihnen zu stimmen, endlich energisch Gebrauch machen. Im Interesse der erkrankten Arbeiter wäre es dringend zu wünschen, daß die einzelnen Gewerkschaften sich auch mit der Tragis der Krankenkassen beschäftigen und da, wo zu Ungunsten der Arbeiter praktiziert wird, für Wahl eines anderen Vorstandes in der General-Versammlung Sorge tragen. Selbstverständlich ist aber ein Erfolg nur zu erreichen, wenn die Gewerkschaft mächtig ist. Das kann sie nur werden, wenn trotz, ja gerade wegen der jammervollen Erwerbsverhältnisse ein jeder Arbeiter es sich zur Pflicht macht, der Organisation seines Gewerbebetriebes beizutreten und für sie zu wirken. Die Vorstandskräfte in den Ortskrankenkassen gebührt den Klassenbewußten Arbeitern, nicht Soldaten, die in ähnlicher Weise wie manche Werkmeister nicht das Interesse des Arbeiters, sondern des Unternehmers wahrnehmen und einen erkrankten Arbeiter als Jemand behandeln, der aus purem Uebermuth krank zu werden und gar noch Zahlung der ihm zustehenden lumpigen Pfennige Krankengeld zu verlangen sich erlaubt hat.

Ueber die Begriffe „Krankheit“ und „Erwerbsfähigkeit“ fällten die Hamburgischen Zivilgerichte folgende wichtige Entscheidung: Im Jahre 1893 verunglückte ein Zimmergeselle in Kiel dadurch, daß ihm durch eine kreisförmige sämmtliche Finger der rechten Hand vollständig abgeschnitten wurden. Da er nach Entlassung aus dem Krankenhaus noch arbeitsunfähig war, so verlangte er von der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer Krankengeld für die Zeit bis zum Ablauf der 13. Woche, mit deren Ende erst die Unfallversicherung eintritt. Die Kasse bestritt den Anspruch, da „krank“ nur Derjenige sei, der ärztlicher Behandlung bedürfe, gesund dagegen Jeder, der keinen Arzt nöthig habe, auch wenn in seinem Organismus eine krankhafte Anlage oder Veränderung fortbesteht. Ueberdies bedeute auch der Verlust der rechten Hand keine völlige Erwerbsunfähigkeit, da in solchen Fällen nicht die volle Unfallrente zugebilligt werde. Das Amtsgericht wie das Landgericht vermochten sich dieser Argumentation nicht anzuschließen, sondern erkannten übereinstimmend zu Gunsten des Verunglückten. Die richtige Begriffsbestimmung für „gesund“ und „krank“ sei die, daß Derjenige als gesund zu gelten habe, der keinen Arzt nöthig habe und deshalb seinem Berufe nachgehen könne, möge auch eine krankhafte Anlage fortbestehen. Andererseits sei es nicht zu bezweifeln, daß auch alle Fälle von Melancholie und Stochthum, falls sie sich an eine Krankheit anschließen und mit Erwerbsunfähigkeit verbunden wären, als Krankheit anzusehen seien. Dies sei insbesondere auch in dem Kommissionsbericht zum Krankenversicherungsgesetz für „ausdrücklich festgestellt“ erklärt worden.

Technisches.

Zur Anpflanzung eines neuen, sehr lohnenden Kuppelholzes in den deutschen Wäldern. Die meisten deutschen Forst- und Landwirthe werden nicht wenig darüber freuen, daß nach den neuesten Erfahrungen die ein vorzügliches Kuppelholz liefernde Ceder in Deutschland ganz vortreflich gedeiht, und daß alle Waldbesitzer auf diese wichtige Thatsache ihr Augenmerk lenken mögen, um aus ihrem Grundbesitz später eine höhere Rente als bisher zu ziehen. Um allen Zweifel in dieser Hinsicht im Voraus zu begegnen, sei erwähnt, daß die Ceder auf deutschem Boden nicht etwa nur als schöne Zierpflanze da und dort wächst, sondern daß Deutschland überhaupt den schönsten kultivirten Cedernwald auf der ganzen Welt besitzt. Es ist dies der Cedernwald auf der Besitzung des Freiherrn von Faber auf Schloß Stein (bei Nürnberg), welcher über 6 Hektar umfaßt. Und wir wiederholen es, daß dieser Cedernwald der erste und einzige seiner Art in Deutschland, ja wir können sagen auf der ganzen Erde ist, denn selbst in Florida und Alabama, sowie auch in Kleinasien kommt Cedernholz in den Urwäldern nur sporadisch und vermischt, aber niemals in reinen Beständen als Cedernwald vor. Sehr bemerkenswerth ist in forstwirtschaftlicher Hinsicht, daß der um die Weltkugel herum Deutschlands so verdiente Herr v. Faber bereits seit vielen Jahren auf seinen Besitzungen in Bayern Cedernholzsaaten unterhält, wozu er sich Samen aus Florida kommen läßt, um sorgfältig Cedernholz anzupflanzen, das bekanntlich eines der besten Holzger ist, sehr theuer bezahlt wird und zur Bleichfabrikation unentbehrlich ist. Nach dem Beispiele und der Erfahrung, die Herr von Faber mit seinen Cedernholzsaaten und Pflanzungen gemacht hat, liegt also ein vollständig gelungener Akklimatisationsprozeß mit dem Cedernholz in Deutschland vor, nur dürfte dabei noch beachtet werden, daß, wie schon die Tannen und Fichten nicht auf jedem Boden gleich gut gedeihen, auch der Boden für die Ceder entsprechend ausgewählt werden muß. Es ist aber anzunehmen, daß der Boden, der keine abnorme Lage und Beschaffenheit hat und auf welchem Tannen und Fichten gut gedeihen, auch für die Ansaat der Anpflanzung von Cedernholz sich eignen dürfte. Im Uebrigen sei noch hervorgehoben, daß die Kultur der Cedern fast ganz der Kultur der Tannen und Fichten entspricht, also alle Umstände dafür sprechen, Anbauversuche mit dem edlen und seinen Cedernholz, welches ein sehr begehrtes und hoch im Preise stehendes Handelsartikel ist, zu machen. Zu bemerken ist auch noch, daß die Verwendung der Cedern zu Kuppelholzwecken eine ganz unbegrenzte sein würde, wenn erst Cedernholz genug produziert werden würde, denn dasselbe besitzt alle Eigenschaften eines schönen, festen und seinen Kuppelholzes. In botanischer Hinsicht ist von der Ceder noch zu erwähnen, daß sie zur Familie der Koniferen gehört und ihrer Exemplare in großen, schönen Bäumen mit nadelartigen Blättern vorkommen. Es giebt verschiedene Cedernarten, große und kleine, weiche und röhliche. In der Jugend wachsen die Cedern sehr schnell und erreichen im Alter von 60 bis 100 Jahren meistens eine bedeutende Höhe und Stärke.

Die Brandtechnik (Protypie).

Immer mehr und mehr verschwinden die kahlen, farblosen Wände und Plafonds unserer Wohnungen und machen solchen mit Tapeten, Malerei und plastischen Verzierungen von Gips beklebten Platz. Da jedoch die letztgenannte Verzierungsdart keine solide ist, so wandte man sich, und mit Recht, wieder der Holzvertäfelung zu, die in früheren Jahrhunderten in Deutschland und auch in Frankreich vielfach angewendet wurde, und deren Reste in deutschen Patrizierhäusern und Schlössern, sowie in den kleinen reizenden Palais in Paris noch jetzt bewundert und auch studirt werden können, und werden hier nur das Schloß Rambouillet, die Gallerie de Billers, der Rusifikalon im Hotel de Sully, sowie die Salons des Hotel de Soubise, die Bibliothek de l'Arzenal, ferner die Schlösser in Versailles, Fontainebleau und des alten Raffeur Palais in Brüssel genannt. Namentlich sind es Speise- und Trinkzimmer, hier und da auch Treppenhäuser, Vestibules, Hausfluren u. dergl. m., welche mit Holzvertäfelungen versehen werden, und machen dieselben auch des warmen und anheimelnden Lones wegen einen sehr guten Eindruck. Selbstverständlich werden hier nur die Gliederungen, Füllungen, Frieze, Hohlkehlen, die Plafondrossetten usw. geschnitten sein müssen, und darf wohl auch diese Art der Dekoration als die solide, schönste und interessanteste bezeichnet werden; doch kommt immerhin, wenigstens bei mehr untergeordneten Räumlichkeiten, so z. B. bei Vorzälen, der Kostenpunkt mit in Frage, und wurden dieselben von dem Dienstpersonal auch nicht immer mit der gebührenden Sorgfalt behandelt, während die Verzierungen von Gips oder Holzspappe nach einiger Zeit, da dies Material ein weiches ist, auch die Feuchtigkeit ausnimmt, sehr leicht beschädigt werden, stückweise herabfallen und einen sehr schlechten Eindruck machen.

Da machte der Hofsticker Bernhard Ludwig in Wien eine zeitgemäße und brauchbare Erfindung, welche die Schönerer zwar noch nicht vollständig ersetzt, derselben aber sehr nahe kommt und die Verzierungen von unedelm und schlechtem Material vollständig verdrängen dürfte, indem er mittelst hohen Druckes und Hitze Reliefverzierungen auf Kehl-leisten, Friesen und Füllungen von echtem Holz, namentlich Kuppelholz, Rothbuche und Ahorn herstellt, welche sich namentlich zur Verzierung von Plafonds, Thür- und Fensterrahmen, Wandbekleidungen für Ess-, Trink- und Rauchzimmer, Cafés, Restaurationsräume, Treppenhäuser, Vorzäle, insbesondere auch für Schiffseinrichtungen trefflich eignen. Ludwig nennt diese seine Erfindung „Brandtechnik“ oder „Protypie“. Die Dauerhaftigkeit dieser pyrotechnischen Erzeugnisse wird durch obengenannten Arbeitsprozeß noch dadurch erhöht, indem das Holz durch Komprimierung verdichtet wird.

Außerdem haben diese Verzierungen gegenüber ähnlichen früheren mit Maschinen erzeugten Kehl-leisten usw. noch den Vortheil, daß sie, wie schon mitgetheilt, aus massivem Holze und in beliebigen Längen erzeugt werden können und auch dem Einfluß von Feuchtigkeit und selbst Wasser widerstehen. Die Brandtechnik als Flächenornament auf Friesen und Füllungen für Plafonds, Wandbekleidungen usw. giebt, wenn gut angewendet, durch den natürlichen Farbenton des Holzes und den durch die Hitze gebrannten dunkleren Untergrund eine harmonische, sehr wirkungsvolle und reiche Dekoration. — Um die richtige Anwendung derselben zu zeigen und zu erleichtern, gab Ludwig eine Serie von Vorlageblättern in Lichtdruck heraus, welche später weitere folgen werden und welche sehr billig hergestellt sind und daher für Jeden sich dafür Interessirenden anschaffbar sind. Die erste Serie zeigt die Abbildung nicht nur von Kehl-leisten, Friesen, Füllungen, sondern auch von Zifferblättern für Wanduhren, Stuhlflügel und -Lehnen, sowie auch von dem Plafond und der Eingangstür, welche sich in dem Salon der Hof-Appartements Sr. Maj. des Kaisers des neuen k. k. Hofburg-Theaters in Wien befinden und von dem Oberbaurath Baron von Hasenauer in vorzüglicher Weise entworfen und gezeichnet wurden.

Möchten doch, da ein Ersatz für Gips und andere minderwertige und unedle Verzierungen durch diese gelungenen Erfindung geschaffen wurde, die Wände und Decken von Zimmern, Sälen, Hausfluren, Restaurations-, Schiffseinrichtungen usw. recht oft mit Holz bekleidet werden, dies umso mehr, als durch diese Verzierungsmethode dergleichen Räume wärmer und traulicher erscheinen, und wenn diese Eierstäbe und sonstigen Verzierungen noch nicht kräftig genug sein sollten, der kann sie ja mit leichter Mühe tiefer schneiden, und kann auch der Ton dieser dunkelbraun gebrannten Ornamente noch durch etwas Gold und Farbe erhöht und lebendiger gemacht, dem Geschmack des Besizers sowie dem Raum und seinen Bedürfnissen entsprechend angepaßt werden. (Probekleifen, Frieze und Füllungen sehen, nach dem Katalog ausgewählt, jedem Fachmann, Tischler und Zimmermeister, Möbelfabrikanten gern zur Verfügung und dürfte es auch angezeigt sein, eine Anzahl dieser pyrotechnischen Erzeugnisse den Sammlungen der Kunstgewerbe- und Bau-gewerbeschulen einzuverleihen.)

Sollte durch diese Mittheilung die Verwendung des Holzes zur Bekleidung der Wände und Decken, die Verzierung derselben mittelst der Brandtechnik von Ludwig gefördert werden, so würde der Zweck dieser Zeilen erreicht sein. F. B.

Literarisches.

„Der Sozialdemokrat“, Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Benthstraße 2). Die Nr. 31 vom 30. August hat folgenden Inhalt: Wochen-schau. — Der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern. (Aus dem Oden Breunens.) — Der dritte gaskische Partriug. — Bellamy's Dr. Leete und Eugen Richter. — Marx und Lassalle. — Parteinachrichten. — Die man uns behandelt. — Sozial-statistisches. Sozialdemokratische statistische Frielehen. III.: Berufsber-hilft. — Dr. David, Landogitation. IV.: Wie lebt der kleine Bauer? — Der Bekleidungsindustrie-Kongress. — Aus der Schuhmacher-Bewegung. — Der Lebensgang von Eugen B. Deba. — Gewerkschaftliches. — „Der Sozialist.“ — Todtnahle. — Literatur. „Sozialpolitisches Zentralblatt.“ Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Carl Heymann's Verlag, Berlin W, Kanterstraße 44. Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2,50. Einzelnummern 20 & Erschienen ist Nr. 49, 3. Jahrgang.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. H. W. Diez Verlag) ist neben das 48. Heft des 12. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:
 Ferdinand Lassalle. — Der Klassenkampf in Frankreich. Von Paul Lafargue. (Fortsetzung). — Ueber Latifundien-Landwirtschaft in Nordamerika. Von Dr. R. Meyer. — Die erbliche Belastung der Prostituirten. Von R. Calwer. — Literarische Rundschau. — Notizen: Ueber die Zahl der deutschen Aktiengesellschaften. Vertheilung der Bevölkerung auf Städte und Landorte. Das Verhältnis zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung in Deutschland. Zur Statistik der Selbstmorde in Sachsen. „Für zahlenrechtliches Wahlverfahren.“ — Familien: Von Unten nach Oben. Eine Novelle von Karoline. Frei nach dem russischen. (Schluß.)

Heft 12 des Volks-Lexikon, herausgegeben von Emanuel Wurm, Verlag von Wörlein & Comp., Nürnberg, ist neben erschienen und enthält folgende größere Artikel: Batterien, Bassamgewächse, Bankwesen (Banker, Giro, Giroverkehr, Lombardgeschäft, Pfandleihgeschäft, Reichsbank u. c.), Barbieri, Banarbeiter, Bauer (deutscher), Bauer (England), Baukunst, (Architektur) u. c. — Alle 14 Tage erscheint ein Heft.

Unter dem Titel „Die Bewegung in Sizilien im Hinblick auf die letzten Verurtheilungen“, von Adolfo Rossi, deutsch von Leopold Jacoby (Preis 75 S.), ist neben bei J. H. W. Diez in Stuttgart eine gerade jetzt hochinteressante Broschüre erschienen.

Der bekannte Berichterstatter der „Tribuna“ in Rom, Adolfo Rossi, machte Ende des vorigen Jahres anlässlich der answühlenden Bewegung der Fasci eine Reise durch Sizilien und veröffentlichte seine Berichte in der „Tribuna“. — Heute nun, wo die Verurtheilung De Felice's und Genossen die Erörterung der sizilianischen Frage brennender als jemals gemacht, hat der Verfasser den Inhalt jener Briefe im Zusammenhang bearbeitet und einige Betrachtungen über die Lage in Sizilien daran gefügt. Auf die zuverlässige Arbeit wurde bereits im italienischen Parlament, sowie in dem neben abgeschlossenen Prozeß De Felice's hingewiesen.

Die Schrift giebt zum ersten Mal eine eingehende Darstellung von jener großen sozialistischen Bewegung in Sizilien, die in der ganzen zivilisirten Welt ein berechtigtes Aufsehen

erregt hat. Die entsetzliche Lage der sizilianischen Bauern, Land- und Bergarbeiter wird von dem Verfasser in wahrheitsgetreuer Weise geschildert, ebenso die unter der Bevölkerung getragene Organisationsarbeit, die ihre Form in den Arbeiterbünden (Fasci dei lavoratori) finden. — Das Buch bildet eine Anklageschrift gegen die italienische Regierung, wie sie schwerer nicht gedacht werden kann.

Die Uebersetzung wurde von Herrn Leopold Jacoby in trefflicher Weise besorgt.

Neben erschien Heft 9 vom „Zeitziger Hochverrath-Prozess“ im Verlag der Buchhandlung des „Vorwärts“, Berlin, Benthstraße 2. Heft 20 S.
 Dieses Heft enthält eine Fülle historischer Materials, u. A. das Manifest des Braunschweiger Ausschusses (gegen die Fortsetzung des deutsch-französischen Krieges nach der Gefangennahme Napoleons) mit dem berühmten Briefe von Marx, worin er als die notwendige Folge der Annexion von Elsaß-Lothringen die feste Kriegsgefahr zwischen Deutschland und Frankreich und das Bündniß Rußlands mit Frankreich prophezeit und auf die große Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse hinweist, da „der Krieg den Schwerpunkt der kontinentalen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegt hat.“

„Die Wohlfahrt“, Zeitschrift für volksthümliche Heilweise und soziale Gesundheitspflege. Verlag von J. Beranek, Reichenberg (Böhmen), Friedländerstr. 12. Abonnementspreis pro Jahr M. 3, einzelne Hefte 30 Pf.

Das neben herausgegebene Heft 8 bringt folgenden Inhalt: Die aktive und passive Bewegung als Heilmittel der Naturheilkunde. A. Die Massage. Von Arthur Schürich. — Die Diphtheritis (Fortsetzung). Von H. St. Postko. — Die sogenannten Heilmittel. Von Dr. med. Fr. Prager. — Was leistet die Medizinwissenschaft? Was leistet die Naturheilkunde? (Schluß). Von E. L. Michel. — Gesichtsausdruck. Lunde (Fortsetzung). Von G. A. Koller. — Gemeinnütziges Allerlei: Zum Apothekenuweien. Das Alter der Volksschullehrer. Schimmelpilze in der Wohnungsluft. Verdorbene Luft. Vom Rauchen. — Hygienische Rundschau: Die Impfung im Jahre 1893. Errichtung von Kommunalküden. Hygienische Ausstellung in Wien u. c. — Vereinsnachrichten. — Bücherchau.

Briefkasten.

Quakenbrück, G. M. Bei Wibrow & Schmidt, Altona, gr. Bergstr. 54. 2. Ja.
 Goslar, T. Tische und Stühle für Restaurationen (altdeutsch) liefert Paul Schente, Stuhlbaurei in Herzberg a. Harz; wie uns die Firma mittheilt, nur gute und dauerhafte Arbeit.
 Holzwinden, Th. N. Der Kassirer ist im Recht.
 Detmold, C. S. Die Sache ist in Ordnung.
 Nordlingen, M. E. Preis stimmt. 2. Hat sich auch als richtig herausgestellt.

Berlin, G. N. Der von Ihnen eingesandte Bericht eignet sich zur Aufnahme für die „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht, da derselbe nur rein lokale Angelegenheiten behandelt. Das allgemein Interessirende wäre nur der gemachte Vorschlag, daß man in allen größeren Städten in mehreren Bezirken Versammlungen abhalte, um dadurch die einzelnen Kollegen und Werkstätten besser kennen zu lernen, und die Agitation erfolgreicher gestalten zu können.

Gardelegen. In nächster Nummer erhalten Sie darüber eine ausführliche Antwort.

Leipzig, C. N. M. 18.
 Wilhelm a./Nahr, W. N. Sie sind im Recht.
 München, F. M. Laubsagen, sowie alle Artikel für Laubsägerei erhalten Sie bei G. Schaller u. Co. in Konstanz. Sollten denn in München selbst nicht auch Laubsagen zu haben sein?

Nienburg, F. S. Nur der Ausschuss hat darüber zu bestimmen, ob der erfolgte Ausschluss eines Mitgliedes veröffentlicht werden soll. (Siehe Notiz in voriger Nummer.)

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

(E. S. 86, Hamburg.)
 Ueberschüsse wurden im August eingesandt von: Zeitz M. 60, Berlin A 200, Berlin B 400, Berlin D 200, Neu-Fienburg 40, Hannover 200, Hamburg I 100, Hamburg II 120, Linden 100, Stettin 200, Lübeck 100, Cöln 50, Magdeburg 100. Summa M. 1870.
 Zuschuß erhielten: Wald M. 150, Berlin C 100, Harburg 50. Summa M. 300.
 Jul. Wasmann, Hauptkassirer, Osterstr. 94 g I.

Sammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Fig.)

Altona. Am Dienstag, d. 11. September, Abends 8 1/2 Uhr, bei Ehler, Kordestr. 37. Tagesordnung: 1. Die Unterstützung von Streiks nach den Beschlüssen des letzten Kongresses und Verbandstages. 2. Unser Familienfest. 3. Verlobenes.

Braunschweig. Am Sonnabend, den 15. Sept., Abends 8 1/2 Uhr, im „Reinischen Hof“, Bismarckstr. 45.

Charlottenburg. Am Montag 10. Septbr., Pacht 8 Uhr, bei H. Kranz, Bismarckstr. 74.

Cöln. Am Sonntag, den 9. September, Nachmittags, Hermannstr., „Stadt Berlin“.

Hamb. Am Sonntag, d. 9. September, Nachmittags 4 Uhr, bei Bäcker. 1. Arbeitslosenunterstützung und Gewerkschaften. 2. Unterstützungsfondsfrage. 3. Bericht vom Kartell. 4. Verlobenes.

Anzeigen.

Kurzigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstag Vormittags in unserer Hände sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Rath. Bevollmächt. A. Seifert, Hermannstr. 19; Kassirer A. Jagmann, Wilhelmstr. 15. Dasselbe wird die Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr ausbezahlt.

Kinder a. D. Bevollmächtigt Oskar Schubert, Kopenhagenerstr. 13; Kassirer Hugo Wolf, Angerstr. 5. Letzterer zahlt die Reiseunterstützung Abends von 7-8 Uhr im Reichshof bei Gadowitz Brede, Osterstr. 5, aus. Die Lokalverwaltung.

Einwanderer. Bevollm. Karl Krüger, Tischler, Kranz 2; Kassirer Max Popp, Tischler bei Hagem, Tischlermeister, Beckstr. 10. Verlobenes und Verheiratete in „Lege's Hof“, Georgstr. 35.

Bekanntmachung.

Die Kollegen der Provinz Schlesien werden ersucht, alle die Agitation betreuenden Schriften und Gesuche um Beizeiten u. s. w. an die Kasse des Kollegen A. Bergmann, Breslau, Wallstr. 26, II., zu richten. Die Lokalverwaltung.

Aufruf.

Sollte jemandem der Aufenthalt des Schwines Fritz Wied, geb. am 1. November 1897 in Elze in Hannover, bekannt sein oder vielmehr einen Anhalt zur Ermittlung desselben wissen, so wird gebeten, diesem oder dem Vater davon Mittheilung zu machen. Er hat vor sechs Jahren von München aus zuletzt geschrieben. Aufmerksam sind zu richten an: [Name], [Adresse].
 Friedrich Wied, Schneider, Reichensackerstr. 26a, III. Stock, M. u. S. u. S.

Bitte.

Freund Gustav Kuhling, ich bitte Dich, mir umgehend Deine Adresse mitzutheilen.
 G. Bipp, Tischler, pr. Adr.: Tischlermeister Mann, Kaseburg.

Warnung.

Die Verwaltungsbeamten, sowie sämtliche Kollegen werden vor dem von uns ausgeschlossenen Mitgliede August Borchardt, welcher hier Unterschlagungen gemacht hat, hiermit gewarnt. Derselbe scheint jetzt in Bernau wieder anzutreten, um die Kollegen zu brandschlagen. Er wird von der Staatsanwaltschaft gesucht. Also Vorsicht!
 Karl Wenzel, Bevollmächtigter, Stendal, Kirchstr. 8.

Aufforderung.

Der Schreiner Anton Diebinger, Buchstr. 21500, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen der Zahlstelle Augsburg gegenüber baldigst nachzukommen. Kollegen, welche den Aufenthalt des Betreffenden wissen, werden ersucht, seine Adresse an den Kassirer Georg Panjeltmann, G. 52, zu senden.
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Selterskirchen.
 Am Sonntag, den 9. September:
4. Stiftungsfest
 im Lokale des „Schallerhofes“.
 Die Kollegen der Nachbarzahlstellen sind hiermit freundlichst eingeladen.
 Das Comité.

Mein Zeichen-Bureau für Bau- und Möbeltischlerei

- Ernst Rettelbusch, f. z. nach Tischler, Zeichner und Werkführer, technisches Bureau für Tischlerarbeiten, Räraberg, Burgschmiedstraße 19.
- I. Entwürfe und Details in Blei (Handarbeit) nach eingehenden Fragen und befristeter Angabe.
 - II. 1 Vorlagewerk, praktische Entwürfe für die Tischlerei. 30 Tafeln in neuer 3. Auflage. M. 12.
 - III. 1 Vorlagewerk, praktische und einfache Entwürfe für die Möbeltischlerei. 4 neue Aufträge. 32 Tafeln. M. 10.
- Gewerkschaften und durchaus praktische Kalkulations-Auszüge, sowie eine Anleitung, wie Tischlerarbeiten überhaupt kalkuliert werden muß, wird jedem Werk beigegeben.

Neu! Großartiger Erfolg! Brasilin

ist das einzige Mittel zur Herstellung einer wasserfesten Mattierung und nicht aufschlagenden Politur. Unbedingte Garantie. Besondere auf Anfrage vom Erfinder u. alleinigen Fabrikanten Ludwig von K. Braselmann, Pöchl a. B.

Zwei Korbmachergefallen auf Handkörbe, zwei auf ovale Hebelkörbe und Tragkörbe, zwei auf □ Hebelkörbe und Tragkörbe finden dauernde Beschäftigung bei
 Mählberg a. E. C. A. Gericke.

Zwei ordentliche Bürstenmacher finden dauernde Beschäftigung. Näheres [M. —, 30] Zahlstelle Sestf.

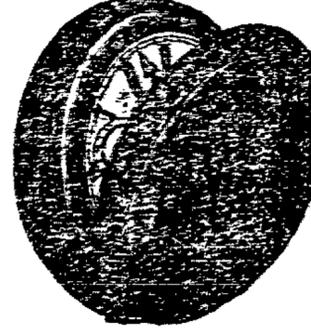
Gef. bei hohem Lohn ein auf photogr. Apparat eingearbeiteter Tischler. Off. u. „Tischler“, hauptpostl. Hannover.

Neu! Mundharmonika

in „prachtvoller Bithersform“ (Patent), ganz wundervoll im Ton, durch die Schallwirkung der Bithersform. Ueberall größtes Interesse. Jeder kann die schönsten Stücke spielen.
 Reizendes Instrument, größte überraschende Reizheit. Preis nur M. 2,75 g. Nachz. Dazu „gratis“ eine hochfeine echte italienische Ocarina (Vorzugliche Offerte).
 J. G. Scholz, Musikexp. port, Königsberg i. Pr.

Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter.

Mit 3 Karten, geb. M. 1,50 (Porto 10 S.), d. J. Scherm, Nürnberg, u. a. Buchhdlg. Vorräthig in der Exped. d. Blattes.



Aufsehen

erregen unsere neu erfundenen in der Chicagoer Weltausstellung prämierten Original Schweizer Goldin-Taschenuhren

Remont-Savon. (Sprungedel) und 3 Goldin-Kapseln mit feinstem Bräcis-Werk, abgezogen, genauest regulirt und zum sofortigen Gebrauch fertig mit neu patentirter innerer Feigerstellung. Diese Uhren sind vermöge ihrer prachtvoll eleganten Ausführung, reichen, kunstvollen Guillochirung (auch glatt vorrätzig) von echtem Gold selbst durch Fachleute nicht zu unterscheiden. Die wunderbar eislernten Gehäuse behalten immerwährend ihr goldähnliches Aufsehen und wird für richtigen Gang eine dreijährige schriftliche Garantie geleistet.

Preis 15 Mark porto- und zollfrei.

Dieselbe Uhr für Knaben als schönstes Einsegnungs-Geschenk nur M. 10.
 Damen-Uhren, 3 Goldin-Kapseln, ff. Werk, 16 Mark.
 Hierzu passende echte Goldin-Uhrketten für Herren (Panzerfaçon), für Damen (feinste Façonlette mit Verlaque) und Sicherheitskettchen, garantirt nie schwarz werdend, pro Stück M. 3,50 bis 6. Ebenso echte Goldin-Herren- und Damen-Ringe, elegante Façon, ff. Steine, M. 3,50 bei Einlegung der Weite mittelst Papierkreises.
 Die Goldin-Uhren sind infolge ihrer vorzüglichen Verlässlichkeit bei den meisten Landwirthen und Beamten im Gebrauche und liegen Hunderte von Anerkennungschriften zur Durchsicht auf. Für Deutschland einzig und allein nur gegen Vorhersehung oder Nachnahme des Betrages zu beziehen durch den General-Vertreter der Ersten Schweizer Goldin-Taschenuhren-Fabrik: S. Kommen, Berlin O., Schillingstr. 12 I. Wiedervertänfer erhalten Rabatt. Für Nicht-Zusagendes Betrag zurück.
 Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.